

LOBRAM

Solidaritätspreis 3,- DM

Zeitung der
Sozialistischen
Alternative
Vorab

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

1,- DM

G 10321 E

Nr. 180 Mai 1995

Verteilung der Arbeit auf alle 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich

18,3 Millionen Arbeitslose in Europa. Weltweit haben Hunderte Millionen Menschen keinen Job oder sind unterbeschäftigt. Trotzdem sind die Unternehmer nicht bereit, die vorhandene Arbeit aufzuteilen auf alle, geschweige denn, neue gesellschaftlich nutzbringende Arbeitsplätze zu schaffen.

Ursel Beck, IGM-Mitglied, Köln

Im Gegenteil, mehr und mehr Arbeitsplätze werden vernichtet. Entweder wird die Produktion ganz eingestellt oder es wird auf Teufel komm raus rationalisiert. Die noch beschäftigten Arbeitskräfte müssen mehr und härter arbeiten für weniger Reallohn.

Für viele verlängert sich die Arbeitszeit durch Überstunden oder einen Nebenjob. Was hat ein VW-Arbeiter von der 28-Stunden-Woche wenn er nach Feierabend noch auf einer Baustelle arbeiten muß, um über die Runden zu kommen? Wenn es nach den Profitinteressen geht,

bekommen wir wieder fröhenkapitalistische Zustände. In weiten Teilen der Welt herrschen die ohnehin noch. Und die ganze Standortpropaganda läuft letzten Endes darauf hinaus, das Lohnniveau und die Arbeitszeit auf das Niveau der Kinderarbeit in Indien zu senken.

Der Kampf für eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit bei garantierten Mindestlöhnen, Personal- und Lohnausgleich muß wieder auf die Tagesordnung des gewerkschaftlichen Kampfes gesetzt werden. Und dieser Kampf muß in Zeiten von Standortpropaganda und der EU der Konzepte international geführt werden.

Zweifellos war der Kampf für die 35-Stunden-Woche bei gleichzeitiger Reallohnsteigerung und Urlaubsverlängerung ein Erfolg für die Arbeiter. 1984 gab es den ersten Streik für die 35-Stundenwoche. Elf Jahre später, seit 1. Oktober 1995, wurde sie umgesetzt. Genug Zeit für die Unternehmer, den Arbeitsplatz-Effekt zu beschneiden durch erhöhten Leistungs-



druck und Rationalisierung. Trotz Arbeitszeitverkürzung ist die Arbeitslosigkeit weiter angestiegen und steigt weiter. Außerdem wird die verkürzte Arbeitszeit durch Flexibilisierung, Arbeitszeitkonten und Überstunden ohne Zuschlag wieder infrage gestellt.

Wegen der tiefen Krise der Marktwirtschaft und der damit verbundenen harten Linie der Unternehmer, muß der Kampf für die 30-Stunden-Woche aber

mehr denn je verbunden werden mit einer Strategie zur Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum. Nur eine verstaatlichte und demokratisch kontrollierte und verwaltete Wirtschaft ermöglicht den vollen und nutzbringenden Einsatz des gesamten Arbeitskräftepotentials.

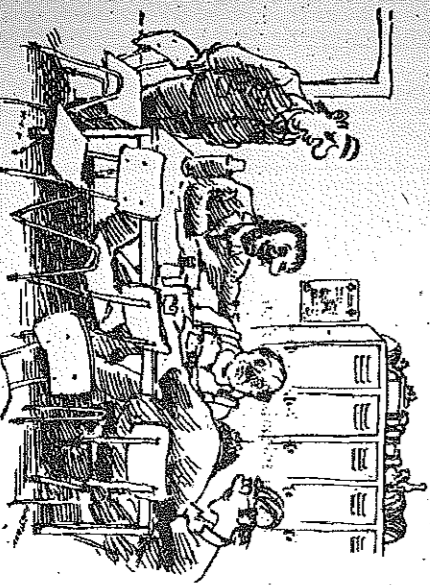
Zu Arbeitszeitverkürzung, Arbeitszeitkonten, Geschichte des 1. Mai siehe auch Seiten 10 und 11

- Offiziell sind 4,1 Millionen arbeitslos, inoffiziell 6 Millionen: Geplante Vernichtung von Arbeitsplätzen:
- Metallindustrie 1996: 100 000
- Bergbau: 55 000 bis zum Jahr 2005
- Stadt Berlin: 22 000 im öffentlichen Dienst in den nächsten drei Jahren
- Post: 16 000 1996 und 35 000 bis 2000
- Telekom: 50 000 bis 1999
- Bahn: 100 000 bis zum Jahr 2000

Erklärung des DGB Eisenach

Für eine neue Opposition von unten!

Ist doch ganz einfach Kollege: Je weniger Lohn wir kriegen ...



... desto schneller steigt der Wert unserer Betriebsaktien!

Die Arbeitsproduktivität in den Betrieben steigt sprunghaft, aber warum steigt damit nicht der Wohlstand? Es wird ausschließlich für den Profit der Konzerne produziert! Allein der General-Motors-Konzern (Opel) hat für 1995 einen Reingewinn von 9,9 Milliarden DM veröffentlicht. Aber sie können niemals genug bekommen. Opel-Chef Herrmann sagte vor der Presse: „In diesem Jahr zählt es zu den vorrangigsten Aufgaben, die Profitabilität des Unternehmens weiter zu erhöhen.“

Ausbeutung und Flexibilisierung in den Betrieben nehmen zu. Aus immer weniger Beschäftigten wird immer mehr

Arbeitsleistung herausgeholt. Dadurch werden hunderteausende Arbeitsplätze vernichtet: DASA, Grundig, Vulkan...! In ganz Europa werden die Sozialversicherungssysteme demonstriert. Bei den staatlichen Streich-Organen bleibt keiner ungeschoren, vom Kindergartenkind bis zum Rentner! Aber die Unverteilung von unten nach oben schafft oder sichert keinen Arbeitsplatz – im Gegenteil! Die Arbeitslosenzahlen steigen auf immer neue Rekordhöhen!

Regierung und Unternehmer haben also kein Konzept, um unsere Probleme zu lösen. Das müssen wir selbst tun! Wir sagen: „Bis hierher und nicht weiter!“

Wir lassen uns nicht mehr von Kanzlerunden und Bündnisgesprächen verunsichern! Wir lassen uns nicht mehr durch Angst um Arbeitsplätze einschüchtern! Wir lassen uns nicht mehr in Konkurrenz gegen Arbeiter in anderen Ländern treiben!

Frankreich war erst der Anfang! Die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung - wir alle müssen international gemeinsam kämpfen!

Wir fordern Arbeitsplätze auf Kosten der Unternehmerrinnel! Für die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich in Ostdeutschland sofort! Für

die 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich in Gesamtdeutschland!

- ★ Die Jugend braucht eine Zukunft! Für mehr Ausbildungsplätze in den Betrieben und Übernahme nach der Lehre!
- ★ Stoppen wir das unsoziale Demontage-Programm der Bonner Regierung!

Unsere Stärke liegt nicht in Zugeständnissen an die Unternehmer und ihre Regierung. Unsere Stärke liegt im aktiven Widerstand. Jetzt müssen alle Betroffenen gemeinsam handeln - mit Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Vereinen, Parteien, Kirchen, usw. - auch über Ländergrenzen hinweg!

Stoppt das Sparpaket! Politische Streiks vorbereiten

unser standpunkt

Wer ist hier krank?

Wir sind also wieder mal zu faul. Zu viel Urlaub. Kur und Krankentage. Die Vorwände werden immer bizarrer, wenn es darum geht, uns das Geld aus der Tasche zu ziehen, für das wir hart arbeiten, und es zugunsten der Unternehmer umzuverteilen.

Da werden wir mit zum Teil auch fragwürdigen, Statistiken bombardiert. Die meisten Krankentage seien freitags und montags. Verschwegen wird: Krankmeldungen am Montag schließen auch die mit ein, die schon am Wochenende krank geworden sind; der Montag steht also für drei Tage. Und weil viele Ärzte bis zum Ende der Arbeitswoche krankschreiben, ist der Freitag immer mit drin, so daß er häufiger auftaucht. Tatsächlich sind nur etwas über 3 Prozent aller Krankheitsbedingten Ausfalltage auf Kurzeitkrankungen zurückzuführen.

60 Milliarden koste sie die Lohnfortzahlung jährlich, jammern die Unternehmer. Ja, und? Sollen sie dafür sorgen, daß Arbeitssetze und krankmachende Arbeitsbedingungen abgebaut werden. Berufsbedingte Krankheiten nehmen ständig zu, und zwei Drittel der Arbeitnehmer erreichen gar nicht mehr das normale Rentenalter, weil sie sich schon vorher kaputt gearbeitet haben. Wenn die Arbeitszeit verkürzt und die Arbeit auf alle verteilt würde, gebe es weniger Arbeitssetze und mehr

Beitragszahler.

Und was sagt die DGB-Führung? Im Prinzip verhandlungsbereit, will sagen: zu vielen Schandakten bereit, wenn auch (noch) nicht zu allen (schließlich lebt man von Mißliebsbeiträgen). Die Überstunden können bei der Berechnung der Lohnfortzahlung durchaus wegfallen, meinen Gewerkschaftsfunktionäre wie der bayrische DGB-Vorsitzende Schüssler. Darüber verhandelt die IGM auch bereits in Baden-Württemberg. Denn es sei nicht einzusehen, warum jemand, der unvernünftigerweise viele Überstunden kloppt, anschließend krank wird und auch noch höhere Lohnfortzahlung erhält.

Wenn man dies korrigieren will, könnte die Forderung lauten: das, was an Überstunden bei der Berechnung wegfällt, wird auf Lohnvolumen aufgeschlagen. Können! Denn tatsächlich geht es bei der augenblicklichen Diskussion ja nicht um Korrekturen am System, sondern um den Abbau. Es wird also, wenn es nach der Gewerkschaftsführung geht, hier laufen wie beim Bündnis für Arbeit: man reicht den kleinen Fingern, die Unternehmer nehmen dem ganzen Arm. Aber eigentlich wollen sie noch den

Kopf.

Die Lohnfortzahlung ist durch harte Arbeitskämpfe errungen worden. Wenn wir uns das abhandeln lassen, gibt es bald kein Halten mehr bei der Demonstration sozialer Standards. Geradezu chronisch krank, ja reif fürs Altenteil, ist nur eins: das kapitalistische Profitsystem.



Wenn die Regierungspläne durchkommen, können wir uns bald so zur Arbeit schleppen.

BSE - Der Wahnsinn hat Methode



Vor zehn Jahren brach die Krankheit aus. Bis heute kennt niemand den Erreger genau, seine Funktionsweise, seine Übertragungsweise. Aber zehn Jahre lang behaupten britische Regierungen und deutsche Gesundheitsminister: „Keine Gefahr“. Wieso wurde mit dem Leben Millionen Verbraucher russische Roulette gespielt? Wo ist das Motiv für diesen Wahnsinn?

de erhaub, Hühnermist ins Rindertütter zu mischen. „In Demut vor den Göttern der Deregulierung wurden Vorschriften für die Tiermahlung fatal verwässert.“ schrieb die britische Zeitung *Observer*. Und über den Göttern der Deregulierung herrscht der Gott des Mammons. Selbst mit den Kadavern der BSE-Rinder wird Geld verdient. Die Öfen, in denen sie verbrannt werden, sind in privater Hand. Lebensgefahr für den Verbraucher durch Profitsstreben – ein britisches Problem? Massentierhaltung, Hormone in Kalbfleisch, Hühnerzucht a la Pohlmann, Gen-Tomaten und Gen-Kartoffeln, – alles für

den Profit, alles in Deutschland. Das Prinzip: Profit für Millionäre, krankes Fleisch und kranke Eier für die Masse hat System, das System hat einen Namen: Kapitalismus, neudeutsch: Marktwirtschaft.

Aber wo ist die Oppositionspartei, die das Problem beim Namen nennt, das Übel an der Wurzel packt? Und die Gewerkschaften? Just heute, da klar wird, daß das Profitprinzip der „freien Marktwirtschaft“ den Menschen in Europa die Möglichkeit einer apokalyptischen Katastrophe beschert hat, hören wir allerorten Bekenntnisse zur Marktwirtschaft, zum „besten aller denkbaren Systeme“.

Wir können uns ein besseres System vorstellen. Viel besser als eines, in dem einerseits Nahrungsmittel ins Meer gekippt, andererseits Böden und Wasser mit Spritzmitteln verseucht werden, Tierhaltung zu Tierquälerei wird und Rinder mit As und Hühnerscheiße gefüttert werden.

Wir brauchen eine Gesellschaft, in dem die Wirtschaft demokratisch geplant und demokratisch kontrolliert wird. (Statt bürokratisch kommandiert wie einst im Osten). Wir brauchen Sozialismus – die Marktwirtschaft ist Wahnsinn.

exportabhängigen Land zu Problemen führen. Aber sollen die Beschäftigten die Wechselkurschwankungen ausbaden, die Unternehmer, Devisenspekulanten, Zentralbanken und Regierungen produzieren? Haben die italienischen oder britischen Unternehmer im letzten Jahr ihre Wechselkursvorteile an die Beschäftigten weitergegeben? Natürlich nicht.

Investieren sie das Geld wenigstens, um neue Arbeitsplätze zu schaffen? 1994 stiegen in der EU die Bruttoeinkommen aus Unternehmenstätigkeit und Vermögen um 11,8, 1995 noch um 8,4 Prozent, aber die Bruttoanlageninvestitionen nur um 2,6 und 2,9 Prozent.

Warum sollen sie auch ihre Produktion ausweiten? Wer soll

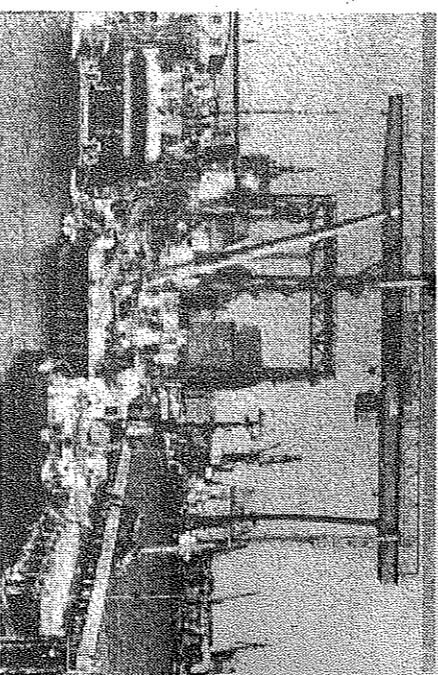
Meg mit der Großen Koalition

Mecklenburg-Vorpommern

Die Krise der Großen Koalition hat den hohen Herren in Bonn heftig Kopfschmerzen bereitet. Sie wissen, welcher soziale Sprengstoff sich im Osten zusammenbraut. Viele Menschen haben jede Hoffnung in den Kapitalismus verloren. Jetzt droht das endgültige Aus für die Werften und die letzten Industriearbeitsplätze an der Küste. Die Bundesregierung betreibt Sozialabbau mit der Dampfwalze.

Die Werftarbeiter haben angefangen, sich zu wehren. 70 Prozent der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern sind nach einer Umfrage für die Verstaatlichung der Werften. Die PDS wird hier wahrscheinlich stärkste Partei werden.

Vor diesem Hintergrund wollte SPD-Chef Ringstorff verlorene Unterstützung wiedergewinnen, indem er der CDU einen Schuß vor den Bug gab und die Große Koalition infrage stellte. Aber die SPD hat im letzten Augenblick kalte Füße bekommen und will uns jetzt weiter Kriterien schlucken lassen, die die CDU in Bund und Land für uns bereit-



Volkswert in Stralsund: Um den Landesanteil an der Überlebenshilfe für die Werften entbrannte der Streit.

halten.

Aber das ist nicht das letzte Wort. Die Koalition ist instabiler als vorher. Die SPD hat sich kräftig blamiert. Die PDS und die Gewerkschaften müssen jetzt mit kämpferischer Oppositionspolitik nachstoßen, eine Alternative zur unsozialen Politik der Großen Koalition anbieten und die SPD unter Druck setzen, endlich den Bruch mit der großen Koalition herbeizuführen.

Kernforderungen müssen sein: ■ Keine Sozialkürzungen, keine Privatisierung öffentlicher Betriebe, Schluß mit dem Stellenabbau.

■ Keine zweite Privatisierung der ehemaligen Vulkan-Werften. Statt Staatsbürokraten oder privater Manager sollen die Beschäftigten und die Gewerkschaften die Werften kontrollieren. ■ Kampf für den Erhalt aller

ihnen denn zusätzliche Produkte abkaufen, wenn für die Masse der Bevölkerung die Löhne sinken und die Arbeitslosigkeit steigt? Die Investitionen, die gemacht werden, dienen meist der Rationalisierung, führen also zu Arbeitsplatzvernich-

Begrenzte Märkte

In diese Sackgasse bohren sich die Kapitalisten seit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 immer tiefer hinein. Die Löhne zu erhöhen, ist für sie erst recht kein Ausweg, denn dann würden ihre

der Wirtschaft statt kapitalistischer Mißwirtschaft: Produktion für die Bedürfnisse der Menschen statt für den Profit.

Die PDS muß für eine solche Politik Unterstützung mobilisieren, bevor sie sich Gedanken über Ministerposten macht. Wenn sich die PDS mit ihrer jetzigen Politik (z. B. keine grundsätzliche Ablehnung der Privatisierung) an der Regierung beteiligt, wird sie mit der SPD gemeinsam die „Sachzwänge“ verwalten und Sozialabbau mittragen.

Aber in jedem Fall wäre ein Sturz der Großen Koalition und eine PDS/SPD-Regierung ein großer Fortschritt und eine Ermutigung für Gegenwehr. Sie kann leichter unter Druck gesetzt werden, Sozialkürzungen zu beenden und unsere Interessen aufzugreifen.

SAV Rostock

Profite sinken. Das Problem ist nicht lösbar im Rahmen unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems, dessen Motor der private Profit ist.

Bloß eine Konjunkturdelie? Wenn selbst eine Konjunkturdelie schon zu wirtschaftlicher Stagnation und massiver Arbeitsplatzvernichtung führt, was erwartet uns dann in der nächsten rüchigen Wirtschaftskrise? Die verheerenden Folgen dieser Konjunkturdelie belegen, daß sich der Kapitalismus insgesamt in einer Periode der Depression und des Niedergangs befindet

unser standpunkt

Wer ist hier krank?

Wir sind also wieder mal zu faul. Zu viel Urlaub. Kur und Krankentage. Die Vorwände werden immer bizarrer, wenn es darum geht, uns das Geld aus der Tasche zu ziehen, für das wir hart arbeiten, und es zugunsten der Unternehmer umzuverteilen.

Da werden wir mit zum Teil auch fragwürdigen, Statistiken bombardiert. Die meisten Krankentage seien freitags und montags. Verschwegen wird: Krankmeldungen am Montag schließen auch die mit ein, die schon am Wochenende krank geworden sind; der Montag steht also für drei Tage. Und weil viele Ärzte bis zum Ende der Arbeitswoche krankschreiben, ist der Freitag immer mit drin, so daß er häufiger auftaucht. Tatsächlich sind nur etwas über 3 Prozent aller Krankheitsbedingten Ausfalltage auf Kurzeitkrankungen zurückzuführen.

60 Milliarden koste sie die Lohnfortzahlung jährlich, jammern die Unternehmer. Ja, und? Sollen sie dafür sorgen, daß Arbeitssetze und krankmachende Arbeitsbedingungen abgebaut werden. Berufsbedingte Krankheiten nehmen ständig zu, und zwei Drittel der Arbeitnehmer erreichen gar nicht mehr das normale Rentenalter, weil sie sich schon vorher kaputt gearbeitet haben. Wenn die Arbeitszeit verkürzt und die Arbeit auf alle verteilt würde, gebe es weniger Arbeitssetze und mehr

Beitragszahler.

Und was sagt die DGB-Führung? Im Prinzip verhandlungsbereit, will sagen: zu vielen Schandakten bereit, wenn auch (noch) nicht zu allen (schließlich lebt man von Mißliebsbeiträgen). Die Überstunden können bei der Berechnung der Lohnfortzahlung durchaus wegfallen, meinen Gewerkschaftsfunktionäre wie der bayrische DGB-Vorsitzende Schüssler. Darüber verhandelt die IGM auch bereits in Baden-Württemberg. Denn es sei nicht einzusehen, warum jemand, der unvernünftigerweise viele Überstunden kloppt, anschließend krank wird und auch noch höhere Lohnfortzahlung erhält.

Wenn man dies korrigieren will, könnte die Forderung lauten: das, was an Überstunden bei der Berechnung wegfällt, wird auf Lohnvolumen aufgeschlagen. Können! Denn tatsächlich geht es bei der augenblicklichen Diskussion ja nicht um Korrekturen am System, sondern um den Abbau. Es wird also, wenn es nach der Gewerkschaftsführung geht, hier laufen wie beim Bündnis für Arbeit: man reicht den kleinen Fingern, die Unternehmer nehmen dem ganzen Arm. Aber eigentlich wollen sie noch den

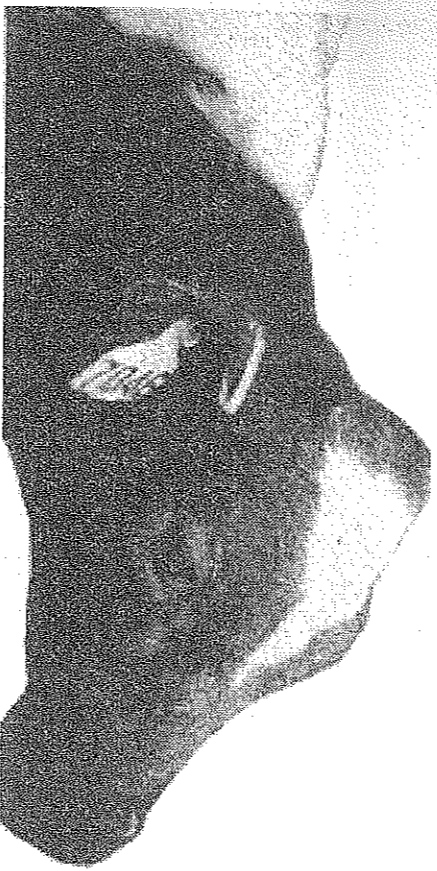
Kopf.

Die Lohnfortzahlung ist durch harte Arbeitskämpfe errungen worden. Wenn wir uns das abhandeln lassen, gibt es bald kein Halten mehr bei der Demonstration sozialer Standards. Geradezu chronisch krank, ja reif fürs Altenteil, ist nur eins: das kapitalistische Profitsystem.



Wenn die Regierungspläne durchkommen, können wir uns bald so zur Arbeit schleppen.

BSE - Der Wahnsinn hat Methode



Vor zehn Jahren brach die Krankheit aus. Bis heute kennt niemand den Erreger genau, seine Funktionsweise, seine Übertragungsweise. Aber zehn Jahre lang behaupten britische Regierungen und deutsche Gesundheitsminister: „Keine Gefahr“. Wieso wurde mit dem Leben Millionen Verbraucher russische Roulette gespielt? Wo ist das Motiv für diesen Wahnsinn?

de erhaub, Hühnermist ins Rindertütter zu mischen. „In Demut vor den Göttern der Deregulierung wurden Vorschriften für die Tiermahlung fatal verwässert.“ schrieb die britische Zeitung *Observer*. Und über den Göttern der Deregulierung herrscht der Gott des Mammons. Selbst mit den Kadavern der BSE-Rinder wird Geld verdient. Die Öfen, in denen sie verbrannt werden, sind in privater Hand. Lebensgefahr für den Verbraucher durch Profitsstreben – ein britisches Problem? Massentierhaltung, Hormone in Kalbfleisch, Hühnerzucht a la Pohlmann, Gen-Tomaten und Gen-Kartoffeln, – alles für

den Profit, alles in Deutschland. Das Prinzip: Profit für Millionäre, krankes Fleisch und kranke Eier für die Masse hat System, das System hat einen Namen: Kapitalismus, neudeutsch: Marktwirtschaft.

Aber wo ist die Oppositionspartei, die das Problem beim Namen nennt, das Übel an der Wurzel packt? Und die Gewerkschaften? Just heute, da klar wird, daß das Profitprinzip der „freien Marktwirtschaft“ den Menschen in Europa die Möglichkeit einer apokalyptischen Katastrophe beschert hat, hören wir allerorten Bekenntnisse zur Marktwirtschaft, zum „besten aller denkbaren Systeme“.

Wir können uns ein besseres System vorstellen. Viel besser als eines, in dem einerseits Nahrungsmittel ins Meer gekippt, andererseits Böden und Wasser mit Spritzmitteln verseucht werden, Tierhaltung zu Tierquälerei wird und Rinder mit As und Hühnerscheiße gefüttert werden.

Wir brauchen eine Gesellschaft, in dem die Wirtschaft demokratisch geplant und demokratisch kontrolliert wird. (Statt bürokratisch kommandiert wie einst im Osten). Wir brauchen Sozialismus – die Marktwirtschaft ist Wahnsinn.

exportabhängigen Land zu Problemen führen. Aber sollen die Beschäftigten die Wechselkurschwankungen ausbaden, die Unternehmer, Devisenspekulanten, Zentralbanken und Regierungen produzieren? Haben die italienischen oder britischen Unternehmer im letzten Jahr ihre Wechselkursvorteile an die Beschäftigten weitergegeben? Natürlich nicht.

Investieren sie das Geld wenigstens, um neue Arbeitsplätze zu schaffen? 1994 stiegen in der EU die Bruttoeinkommen aus Unternehmenstätigkeit und Vermögen um 11,8, 1995 noch um 8,4 Prozent, aber die Bruttoanlageninvestitionen nur um 2,6 und 2,9 Prozent.

Warum sollen sie auch ihre Produktion ausweiten? Wer soll

DGB muß eintägigen Generalstreik vorbereiten

Stoppt das Sparpaket!

Das Sparpaket der Bundesregierung wird weitere Umverteilung von unten nach oben bringen. Kürzungen zu Lasten der Rentner, der Arbeitslosen, Nullrunden für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und der Angriffs auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall drohen. Die SPD-„Opposition“ will nicht etwa Gegenwehr organisieren, sondern ein eigenes Sparpaket vorlegen.

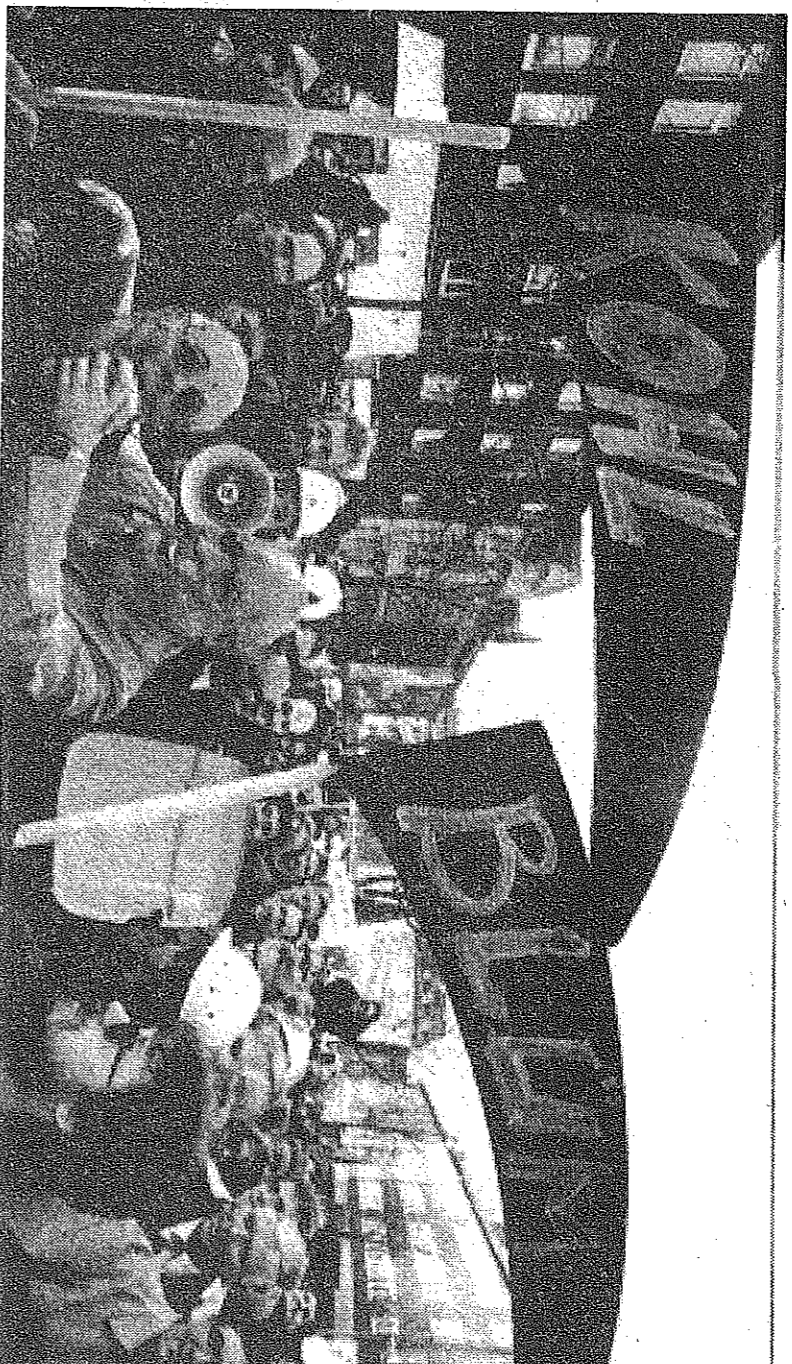
Ulf Petersen, SAV Köln

Ermüdet durch die Landtagswahlen Ende März legen Kohl und Unternehmer jetzt einen Zahn zu beim Sozialabbau. Rechtzeitig vor den nächsten Bundestagswahlen 1998 sollen die großen Einschnitte durchgezogen werden.

Die Gewerkschaften haben mit ihrem Vorstoß für ein „Bündnis für Arbeit“ mehr als den kleinen Finger angeboten. Wie abzusehen war, wollen die Unternehmer und Regierung nicht nur die ganze Hand, sondern den Arm noch dazu. „Dann haben wir eben etwas weniger sozialen Frieden“, so der nächste Arbeitgeberpräsident Stumpfe.

Jetzt hat DGB-Chef Schulte mit Streik gegen die Einschränkung der Lohnfortzahlung gedroht. IG Metall-Chef Zwickel sprach von einem „heißen Herbst“, falls die Unternehmer zum Frontalangriff übergehen.

Die Gewerkschaftspitzen haben jedoch weiter das Ziel, sich mit Unternehmen und Regierung auf „genüßliche“ Ver-schlechterungen für die Arbeit-



Kohl und Co. verschärfen den sozialen Kahlschlag, wann verschärft der DGB die Gegenwehr?

nehmer und sozial Schwachen zu einigen. Sie haben die im Januar beschlossene jährliche Kürzung der Arbeitslosenhilfe um drei Prozent gebilligt. Nur wenige Stunden nach der großen Metall-Demo in Bonn mit 70.000 Teilnehmern am 1. Februar wurde ein fauler Kompromiß zu Lasten der Arbeitnehmer akzeptiert.

Die Tarifabschlüsse bei Textil, Chemie und Bau bedeuten weitere Reallohnsenkungen. Die Unternehmenslogik „Lohnver-zicht schafft Arbeitsplätze“ wird akzeptiert.

Reichtum

Die Rekordgewinne der Chemieindustrie und der Banken, die Fakten über den gigantischen, in immer weniger Händen konzentrierten Reichtum werden ignoriert. Allein ein Prozent der Superreichen besitzt 2200 Milliarden DM Geldvermögen, zehnmal mehr als die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen. 1995 stiegen die Unternehmensgewinne um 12 Prozent, die Realeinkommen der Erwerbstätigen fielen um 1,5 Prozent. Normalverdienende Arbeitsplatz-„besitzer“ sollen Opfer für die Arbeitslosen bringen. So wird die Spirale des Verzichts beschleunigt und es profitieren nur die Unternehmer, die sich über billige und willige Arbeitskräfte freuen, bei weiter steigender Arbeitslosigkeit.

Die Rekordgewinne der Chemieindustrie und der Banken, die Fakten über den gigantischen, in immer weniger Händen konzentrierten Reichtum werden ignoriert. Allein ein Prozent der Superreichen besitzt 2200 Milliarden DM Geldvermögen, zehnmal mehr als die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen. 1995 stiegen die Unternehmensgewinne um 12 Prozent, die Realeinkommen der Erwerbstätigen fielen um 1,5 Prozent. Normalverdienende Arbeitsplatz-„besitzer“ sollen Opfer für die Arbeitslosen bringen. So wird die Spirale des Verzichts beschleunigt und es profitieren nur die Unternehmer, die sich über billige und willige Arbeitskräfte freuen, bei weiter steigender Arbeitslosigkeit.

Die Rekordgewinne der Chemieindustrie und der Banken, die Fakten über den gigantischen, in immer weniger Händen konzentrierten Reichtum werden ignoriert. Allein ein Prozent der Superreichen besitzt 2200 Milliarden DM Geldvermögen, zehnmal mehr als die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen. 1995 stiegen die Unternehmensgewinne um 12 Prozent, die Realeinkommen der Erwerbstätigen fielen um 1,5 Prozent. Normalverdienende Arbeitsplatz-„besitzer“ sollen Opfer für die Arbeitslosen bringen. So wird die Spirale des Verzichts beschleunigt und es profitieren nur die Unternehmer, die sich über billige und willige Arbeitskräfte freuen, bei weiter steigender Arbeitslosigkeit.

Die Rekordgewinne der Chemieindustrie und der Banken, die Fakten über den gigantischen, in immer weniger Händen konzentrierten Reichtum werden ignoriert. Allein ein Prozent der Superreichen besitzt 2200 Milliarden DM Geldvermögen, zehnmal mehr als die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen. 1995 stiegen die Unternehmensgewinne um 12 Prozent, die Realeinkommen der Erwerbstätigen fielen um 1,5 Prozent. Normalverdienende Arbeitsplatz-„besitzer“ sollen Opfer für die Arbeitslosen bringen. So wird die Spirale des Verzichts beschleunigt und es profitieren nur die Unternehmer, die sich über billige und willige Arbeitskräfte freuen, bei weiter steigender Arbeitslosigkeit.

Die Rekordgewinne der Chemieindustrie und der Banken, die Fakten über den gigantischen, in immer weniger Händen konzentrierten Reichtum werden ignoriert. Allein ein Prozent der Superreichen besitzt 2200 Milliarden DM Geldvermögen, zehnmal mehr als die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen. 1995 stiegen die Unternehmensgewinne um 12 Prozent, die Realeinkommen der Erwerbstätigen fielen um 1,5 Prozent. Normalverdienende Arbeitsplatz-„besitzer“ sollen Opfer für die Arbeitslosen bringen. So wird die Spirale des Verzichts beschleunigt und es profitieren nur die Unternehmer, die sich über billige und willige Arbeitskräfte freuen, bei weiter steigender Arbeitslosigkeit.

Die Rekordgewinne der Chemieindustrie und der Banken, die Fakten über den gigantischen, in immer weniger Händen konzentrierten Reichtum werden ignoriert. Allein ein Prozent der Superreichen besitzt 2200 Milliarden DM Geldvermögen, zehnmal mehr als die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen. 1995 stiegen die Unternehmensgewinne um 12 Prozent, die Realeinkommen der Erwerbstätigen fielen um 1,5 Prozent. Normalverdienende Arbeitsplatz-„besitzer“ sollen Opfer für die Arbeitslosen bringen. So wird die Spirale des Verzichts beschleunigt und es profitieren nur die Unternehmer, die sich über billige und willige Arbeitskräfte freuen, bei weiter steigender Arbeitslosigkeit.

Bundesweite Demo gegen Sozialabbau

In vielen Städten regt sich der Widerstand gegen Rotstift-politik. Der Verband der Kriegsoffer hat für den Fall von Rentenkürzungen einen „Marsch auf Bonn“ angekündigt. Schüler und Studenten protestieren gegen Kürzungen bei der Bildung. Bafög-Verzinsung und Studiengebühren. Und jetzt kommt noch das Bonner Sparpaket obendrauf. Um den Widerstand zusammenzufassen, ruft ein Bündnis von Studentenvertretungen, Arbeitsloseninitiativen, politischen Organisationen und SchülerInnenvertretungen zu einer bundesweiten Demonstration gegen Sozialabbau am 15. Juni in Bonn auf.

Aufruf zur bundesweiten Demonstration am 15. Juni 1996 in Bonn

- Schluß mit dem Sozialkahltschlag - Soziale Sicherheit für alle!**
1. Keine Kürzungen bei Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Renten und Löhnen.
 2. Keine Kürzungen bei Schulen, Hochschulen und Berufsbildung.
 3. Nein zu Bafög-Verzinsung und Studiengebühren. Keine Elitebildung.
 4. Keine Kürzungen im Gesundheitswesen, in sozialen und kulturellen Bereichen.
 5. Weg mit allen Sondergesetzen gegen Flüchtlinge und MigrantenInnen, insbesondere dem Asylbewerberleistungs-gesetz.
 6. Bedarfsorientierte soziale Mindestsicherung und menschenwürdige, bezahlbare Wohnungen für alle.
 7. Für weitere Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
 8. Qualifizierte Ausbildung und Übernahme in den erlern-ten Beruf.
 9. Gleiche Rechte für alle!
- Wir haben die Schnauze voll - wir wehren uns alle gemeinsam!

„Versicherungsbetrug“

Über die Pläne, das Rentenaal für Frauen auf 63 hochzusetzen, sprachen wir mit einer 54jährigen Angestellten der Stadtbauverwaltung aus Bremen.

VORAN: Was halten Sie von diesen Plänen? Das ist doch Versicherungsbetrug. Als ich begann, Renteneinträge zu bezahlen, ließ es

„Rente mit 60“ Frauen mit Kindern und Familie hatten eine Doppelbelastung, jetzt kommt die Dreifachbelastung.

Was bedeutet das für Ihre Lebensplanung? Ich arbeite nicht bis 63! Ich lasse mich doch nicht von den Kollegen auslachen, wenn die mich die Treppe hochtragen müssen. Aber Spaß beiseite: Ich sehe nicht ein, warum ich noch

im Büro antanzen muß, während Millionen junger Leute arbeitslos sind.

Allerdings kann ich mir nicht leisten, mit 60 vorzeitig in Rente zu gehen und bis an mein Lebensende mit 10 Prozent weniger auszukommen. Was kann man machen? Ich habe schon mit einer Kollegin gesprochen, die das Ziel noch näher vor Augen hat. Sie

ist 56. Wir waren uns einig, daß wir uns das nicht gefallen lassen. Wir werden ab 60 zu sehr unangenehmen Beschäftigten, machen dauernd krank. Zur Not bekommen wir eine Maske und arbeiten gar nicht mehr.

Daß jeder für sich alleine kämpft, ist schwer zu machen. Eigentlich müßten die Gewerkschaften mobilisieren, aber die schreiben die Renten-

verlängerung als nicht so wichtig zu betrachten. Es ist schwer, die Frauen aller Altersgruppen auf die Straße zu kriegen, weil die jüngerer sich noch nicht soviel Gedanken um die Rente machen. Aber eigentlich müßte der DGB mobilisieren. Ich habe immer noch die Hoffnung, daß die Gewerkschaften solche Schweinereien nicht durchgehen lassen.



Ihr da oben ...

Soziale Quarantäne
Die schwedischen Tennistars des Daviscup-Teams durften ihr Nobelhotel in Kalkutta außerhalb der Spiele nicht verlassen. Die Verantwortlichen befürchten, die jungen Tennis-Millionäre könnten im armen Kalkutta einen Kulturschock erleiden.“ (HR, 3. 4. 96)

Billigkonto?
Mit kostenfreien Gehaltskonten wirt seit geraumer Zeit die BfG. Was nicht in der Werbung gesagt wird: dieses Angebot gilt nicht für jedermann/frau, sondern nur, wenn monatlich mindestens 2000 DM als Gehalt vom Arbeitgeber überwiesen werden. Damit sind Geringverdienende, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger erneut ausgeschlossen, die ein billiges Konto am dringendsten brauchen.

20 Milliarden stille Reserve
Die Deutsche Bank gab sich als erste deutsche Großbank internationalen Gepflogenheiten an und änderte die bisher übliche Art der Bilanzierung nach dem deutschen Handelsgesetzbuch, die mehr verdeckelt als offenlegt. Um auf den internationalen Aktienmärkten mehr Vertrauen zu schaffen, wird jetzt nach den transparenteren US-Standards bilanziert. Dabei kam eine sogenannte „stille Reserve“ von 20 Milliarden DM zum Vorschein. Aktionäre der Deutschen Bank forderten sofort, daß diese ansie angeschüttet wird. Während die öffentlichen Kassen leer sind, häufen sich die Reserven bei Banken, Konzernen und Großaktionären.

Misbrauch
Auch 1995 haben die Arbeitsrichter zahlreiche Fälle von illegaler Beschäftigung und Mißbrauch aufgedeckt. Sie verlangten Bußgelder in Höhe von 92,6 Millionen Mark, davon entfielen 2/3 auf die Arbeitgeber. In 46.300 Fällen hatten Arbeitgeber keine oder unrichtige Angaben über ihre Arbeitnehmer bei der Sozialversicherung abgegeben. Die Fälle illegaler Arbeitnehmerüberlassung durch die Unternehmer stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 24,1 Prozent.

Dabei wurden in vielen Fällen gleichzeitig hohe Förderungsbeiträge wegen Beitrags- und Steuerhinterziehung durch die Arbeitgeber festgestellt.

... wir hier unten



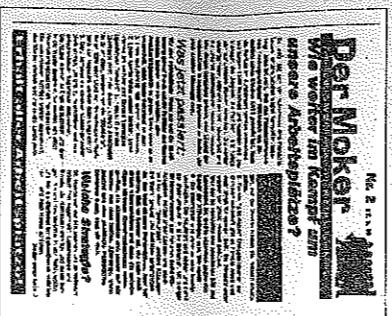
Streik beim BUND-Verlag in Köln

Vulkan-Verfall in Bremen

IGM hilft Ruhe bewahren

Anfang Mai gehen die West-Werten des Vulkan in den Konkurs. Dann wird die Belegschaft nicht mehr nach der Salami-Taktik Scheibe für Scheibe abgebaut, dann wird die Wurst in großen, drei, vier Stücken aufgefressen.

Anstatt dies als Signal zu nehmen, den Kampf für die Verteidigung der Arbeitsplätze zu intensivieren, handeln IG Metall und Betriebsräte nach dem Mor-



„Der Moker“ kann bei der Red. VORAN bestellt werden

to „Ruhe bewahren und weiterarbeiten“. Sie betonen, daß die einzige Chance für die Rettung der Werften die fristgemäße Ablieferung der im Bau befindlichen Kreuzfahrtschiffe „Costal“, und „Costa II“ ist.

Seit Wochen treten IGM und Betriebsräte nur noch im Verein mit Vergleichsverwaltern, Vorständen und Politikern auf, eine eigene Strategie ist nicht vorhanden, nicht einmal Informations-Flugblätter werden an die Kollegen verteilt.

Außerdem verheizen sie das Märchen, daß der Konkurs nicht das Ende bedeuten muß. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Um die Kollegen „vor Arbeitslosigkeit zu bewahren“, wie das „Handelsblatt“ die erste Welle der Massenentlassungen netzungserschreibt, soll eine Beschäftigungsgesellschaft gegründet werden. Die dort geparkten Kollegen, mindestens 2000, wahrscheinlich alle 5000 vom wahnwahnhaft alle 5000 vom Konkurs Betroffenen, sollen „Kurzarbeit null“ anmelden. Sie können dann bis zu zwei Jahren Kurzarbeitsgeld in Höhe des Arbeitslosengeldes bekommen. Diese Maßnahme ist nichts anderes als eine Vergekerterung der ArbeiterInnen, verstüßelt mit längerem Arbeitslosengeldbezug.

Besonders zynisch ist der Vorschlag, daß die vorläufig auf den Werften verbliebenen KollegInnen die Sozialversicherungsbeiträge für die Kurzarbeiter bezahlen sollen, da die Bundesanstalt für Arbeit diese nicht übernimmt. Die ArbeiterInnen

sollen ihren eigenen Rauschschuß finanzieren! Das heißt dann „sozialverträglich“.

Auch wenn diese Gemeinheit nicht durchkommt, zahlen die Arbeitnehmer auf Umwegen. Die geschätzten 50 Millionen DM Sozialversicherung würde das Pleitegeier-Land Bremen bezahlen und damit neue Sozialkürzungen begründen.

Auch sonst läuft die Diskussion über Lohnsenkungen. Von 30-Stunden-Woche bis zum Verzicht auf Weihnachts- und Urlaubsgeld ist alles im Gespräch, der sozialdemokratische Betriebsrats-Chef der Bremerhavener Lloyd-Werft, Roscoe: „Es gibt kein Tabu.“

Für Leute wie ihn, die durch den Inzwischen von der CDU bereicherten SPD-Fitz im Land Bremen abgesichert sind, sind Arbeitslosigkeit und Niedriglöhne egal sie werden für das Stillhalten der Kollegen angemessen belohnt.

Betriebsbesetzung

Die SAV Bremerhaven gibt zusammen mit Werftarbeitern die Betriebszeitung „Der Moker“ (plaudernd für Vorschlaghammer) heraus. In Nr. 3 vom 18. 4. wird die Strategie gegen diesen Tod auf Raten beschrieben:

„Besetzung aller Vulkan-Betriebe. Klare Forderung an Bonn: Arbeitsplatzgarantie durch Verstaatlichung der Betriebe. Einjähriger Generalstreik im Land Bremen als nächster Schritt zur Mobilisierung der Bevölkerung. Wenn das noch nicht genügt, setzen wir unseren Fauspfand ein: Bestreiken von Costa und Co. bis es eine Arbeitsplatzgarantie gibt. Das Wichtigste: Wir müssen unser Schicksal selbst in die Hand nehmen und bestimmen, ob und wie gekämpft wird. Betriebsversammlungen, auf denen nur die Lage bedauert oder sogar schöngeredet wird, helfen uns nicht weiter. Wir schlagen deshalb vor: Regelmäßige Versammlungen aller Kollegen in den einzelnen Gewerken (Abteilungen). Die Gewerke sollen dann Delegierte zum Aktionsausschuß schicken, wo die weiteren Kampfsschritte diskutiert und beschlossen werden.“

Wenn es aktiven KollegInnen jetzt nicht mehr geht, die IGM zum Handeln zu zwingen, werden die Vulkan-Betriebe Stück für Stück plattgemacht. Noch haben die Belegschaften Kraft, noch gibt es etwas zu bestreiken. Zukünftige Kämpfe auf den Werften würden aus einer ungleich schwächeren Position geführt werden.

Druckindustrie Verhindern niedrige Abschlüsse die Tariffucht?

Die IG Medien hat sich trotz offensiven Sprüchen ihres Vorsitzenden Hensche auf einen Druck-Tarifabschluß einlassen, der in der Skala der Verschlechterung lediglich zwischen Textil und Chemie liegt. 1,85 Prozent Lohnmehrwoche, mögliche 30-Stunden-Mehrarbeit ohne Zuschläge ... Gleichzeitg läuft im Druckbereich eine massive Tariffucht.

Claus Ludwig, IG Medien-Mitglied, Köln

Die Führung der IG Medien hat sich kritisch zum „Bündnis für Arbeit“ geäußert. Der Vorsitzende Hensche meinte, der DGB dürfe nicht alle „Schwehereien“ mimmachen.

Die Führung der IG Medien stellt zwar den linken Flügel im DGB dar, doch sie hat Schritte in Richtung allgemeine DGB-Zugeständnis-Politik gemacht.

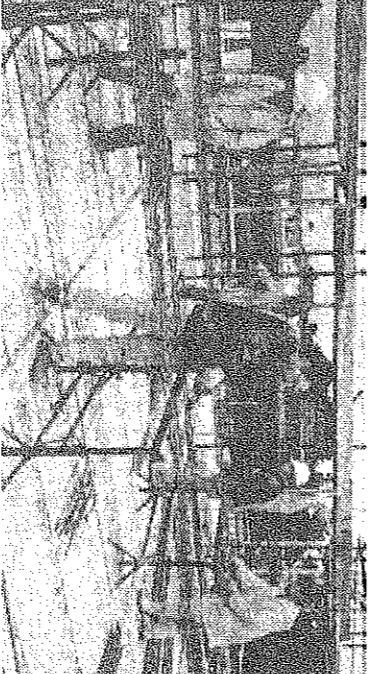
In Zeiten allgemeinen tariflichen Kahlschlags reichen die Kompromißlerischen Ausfallschritte der IG Medien-Führung den Arbeitgeber nicht. Ihr Ziel bleibt, der kampffähigsten Gewerkschaft die Kampfkraft zu nehmen. Das geht einerseits, indem man sie in Kämpfe provoziert und das Rückgrat bricht, wie einst Reagan und Thatcher das vornahmen, oder indem man sie zu einer „Normale“, zurückweichenden Gewerkschaft zähmt – und später das Rückgrat bricht.

Tarifabschlüsse in der Baubauindustrie

Mindestlohn? Billiglohn!

Die IG BAU war mit der Parole angereizt, die Niedriglohn-Konkurrenz von Arbeitern aus EU-Ländern zu beenden, indem sie auch für ausländische Unternehmen einen Mindestlohn durchsetzt.

Dies war von Beginn an problematisch, da sie den EU-Min-



Statt für ein Ende der Billiglöhne zu sorgen, hat sich die IG BAU einen Tarifvertrag nach dem Motto „Schafft ein, zwei, drei, viele Niedriglohnstufen“ eingelassen.

Der Druck-Arbeitgeber haben sich dazu entschieden, vorerst keinen bundesweiten Frontalangriff zu fahren, sondern an verschiedenen Fronten verschiedene Methoden einzusetzen.

Tariffbruch

In der Tarifpolitik haben sie sich auf einen Abschluß eingelassen, der ihnen mehr Möglichkeiten zur Flexibilisierung gibt und die Drucker in die Defensive treibt, ohne daß dadurch das relativ hohe Lohnniveau geknackt würde.

Auf betrieblicher Ebene setzen sie die Brechstange an. Die Burda-Belegschaft in Offenfurt wird erprelt. Massenentlassungen seien nur zu verhindern, wenn die Kollegen einzeln verhandelt bis zu 1200 DM im Monat zustimmen würden. Der Betriebsrat half mit, diese Erpressung zu organisieren.

Beim „Freien Wort“ in Suhl (Thüringen) versuchte das Management, den Betriebsrat mit Entlassungsdrohungen zu weiteren Lohnsenkungen zu zwingen. Doch diesmal widersetzte sich dieser, es kam zu einem fünfwöchigen Streik. An dessen Ende steht ein Kompromiß, der jedoch eine Verschlechterung für die Kollegen bedeutet. Der Hausratf beinhaltet eine Arbeitszeiterkürzung auf 32 Stunden ohne Lohnausgleich, außerdem bekommen sie unter

90 Prozent des geltenden Flächentarifvertrags als Grundlohn. Insgesamt haben sie 20 Prozent weniger im Portemonnaie. Bis zum 30. Juni 97 erhalten die Kollegen dafür eine Beschäftigungsgarantie, danach kann das Management die Arbeitszeit wieder heraufsetzen und Arbeitsplätze abbauen.

Immer mehr Unternehmen verlassen die Tarifbindung und verlangen Lohnsenkungen, meistens um 20 Prozent. Jungstefälle sind die „Nordwest-Zeitung“ in Oldenburg und die „Rhein-Zeitung“ in Koblenz. In Sachsen-Anhalt existiert der Arbeitgeber-Verband nur noch auf dem Papier, er hat kein einziges Mitglied.

Gegenstrategien

Der Arbeitgeberverband Druck begrüßte den Tarifabschluß als „Sieg der Tarifautonomie“. Für sie ist es einer Bundesweit verschlechtert man in kleinen Schritten, regional holt man sich mehr.

Wenn die Arbeitgeber in den nächsten Jahren zum letzten Gefecht gegen die Druck-Tarife rufen, wird die IG Medien-Führung merken, daß sie nicht mehr so viele Ballone zur Verfügung hat wie vor einigen Jahren. Vielen Kollegen wird dann das Wort „Tarif“ nicht mehr viel sagen.

Diese Tarifrunde wäre eine gute Gelegenheit gewesen, bun-

destlohn (19,58 DM) unter dem niedrigsten Facharbeiter-Lohn (22,52) anzusetzen. In der Tarifrunde wurde dieser Kurs der Zugeständnisse an die Lohn-drucker konsequent fortgesetzt. Ergebnis ist eine Aufsplitterung der Bauarbeiter in viele Gruppchen mit verschiedenen Löhnen, die nur ein gemeinsa-

mes Merkmal haben: sie liegen unter dem westdeutschen Tariflohn. Insgesamt gibt es nur 1,85 statt der geforderten 5 Prozent Erhöhung.

„Die Ossis bleiben Malocher zweiter Klasse.“ (Junge Welt, 12. April). Bis zum Sommer bekommen sie keine Erhöhung, ab Oktober 95 Prozent statt wie bisher 92 Prozent des Westlohns. Der Mindestlohn für ausländische Arbeiter wird im Westlohn in mehreren Stufen auf 18,60 DM, im Osten auf 17,11 festgesetzt.

Dazu kommt, daß im Osten in der Mehrheit der Betriebe keine Tariflöhne gezahlt werden. Dazu kommen die osteuropäischen Arbeiter, die von ihren Bossen mit Löhnen ab 5 DM ausgebeutet werden.

Die IG BAU-Führung hatte die gut organisierten Belegschaften auf die Straße geholt und dort große Reden geschwungen. Die demonstrieren-Vereinbart wurde, daß die niedrigeren Einstiegsstufen für Berufsanfänger und Langzeitarbeitslose weiter gelten, obwohl dadurch schon in der Vergangenheit kein einziger Arbeitsplatz neu geschaffen wurde, sondern lediglich ein Mißnahme-Effekt bei rund 2000 Einstellungen.

Insgesamt ähnelt der neue Tarifanschluß stark dem von 1994. Dieser hatte damals eine Ausrittswelle ausgelöst, die zusammen mit dem Personalabbau Mitgliederverluste von 20 Prozent verursachte, und damit weit über der Schmerzgrenze selbst der Gewerkschaftsbürokratie lag. In der Tarifrunde 1995 sah man sich daher zu ei-

desweit gegen Lohnrückerei zu mobilisieren und somit den bedrohten Kollegen in Suhl, Offenburg, Koblenz und anderswo zu helfen und die Einfallslücke für den Lohnraub zuzudrücken.

Das Hauptargument der IG Medien-Chefs gegen einen Kampf ist ihre Isoliertheit im DGB. Vorstandsmitglied Frank Werke in einem taz-Interview: „Wir hatten aber das Problem, daß mit den vorangegangenen Tarifabschlüssen etwa beim Bau ... bereits ein Abschlußkorridor festgelegt war.“

Doch die Arbeiterbewegung hat noch nie Verschlechterungen abgewehrt, indem die kämpferischen Teile sich den den stärker bürokratisch kontrollierten oder unerfahreneren angepaßt haben.

Der Unmut über die ständigen Angriffe und drohende Arbeitslosigkeit ist riesig. Hätten die DruckInnen einen Kampf führen müssen, hätte eine große Unterstützung durch die Basis der anderen Gewerkschaften organisiert werden können. Indem die IG Medien-Führung – entgegen ihrer „Linie“ – nicht die Möglichkeiten zur Gegenwehr nutzt und sich auf die Rückzugslogik des DGB einläßt, untergräbt sie die Kampfkraft der eigenen Organisation und bereitet den Boden für stärkere Angriffe in den kommenden Jahren.

den Kollegen waren in kämpferischer Stimmung. Doch von seiten der Führung war das nur ein Tarif-Muskelspiel und keine ernsthafte Mobilisierung.

Wenn die IG BAU sich weiter darauf einläßt, die Löhne nach unten zu differenzieren, selbst wenn sie dabei „die schlimmsten Mißstände beseitigt“, wird die Position der Bauarbeiter weiter geschwächt.

Der Knackpunkt ist und bleibt der gemeinsame Kampf aller Kollegen, der Weissis und Ossis, der EU-Arbeiter und der Illegalen für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Das heißt auch, daß die IG BAU ihre Teilnahme an Razzien gegen illegale Bauarbeiter sofort beenden und stattdessen deren Forderungen aufgreifen muß. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Das darf keine hohle Phrase sein, sondern ist die aktuelle Aufgabe für aktive Gewerkschafter auf den Baustellen.

Unter dem Eindruck der Diskussion zum „Bündnis für Arbeit“ ist die IG Chemie-Führung mitten in der diesjährigen Tarifrunde wieder umgeschwenkt.

Für IGM-Chef Zwickel ist der magere Chemieabschluß „beispielhaft“. Die IGM sollte lieber ihre Mitglieder mobilisieren, um Entlassungen und Kürzungen zu verhindern und angemessene Lohnerböhrungen durchzusetzen. Wenn Unternehmer und Banken meinen, sich das nicht mehr leisten zu können, müssen sie enteignet werden.

Tarifabschlüsse in der Chemieindustrie Lohnverzicht für blauen Dunst

Die IG Chemie-Führung hat einem neuen Tarifvertrag Zustimmung, der eine Lohnerböhrung von nur 2 statt der geforderten 6 Prozent vorsieht. Und dies bei den gigantischen Gewinnen der Branche. Die Behauptung der Gewerkschaftsführung, daß durch die vereinbarten „beschäftigungsfördernden Maßnahmen“ 25 000 Stellen neu geschaffen würden, entbehrt jeder Grundlage.

Siggi Buttenmüller, IG Chemie Vertrauensmann, Freiburg

„Prunkschick“ des neuen Tarifvertrags ist das Versprechen,

ÖTV-Vertrauensleuteversammlung Frankfurt „Demnächst dürfen wir noch Geld mitbringen“

Rund 200 Vertrauensleute kamen in Frankfurt/Main zu einer Versammlung über das „Bündnis für Arbeit“ zusammen. Rechtzeitig vorher waren die Argumente für das Bündnis vom Vorstand in die Betriebe geschickt worden. Im Einleitungsreferat wurden sie noch mal wiederholt: Der Stellenabbau muß gestoppt werden und dafür müssen wir Beschäftigte Solidarität üben. Vom Sozialstaat ist da die Rede, den wir verteidigen sollen. Zusätzliche Ausbildungsplätze sollen geschaffen und die Arbeit auf mehr Schultern verteilt werden.

Wolfgang Greif, Frankfurt
ÖTV-Vertrauensmann



ÖTV-Streik 92: Den Streikabbruch durch den Hauptvorstand haben viele noch nicht vergessen

Studentenwerke NRW

Gemeinsam gegen Privatisierung

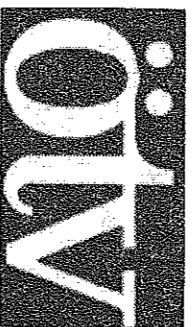
Einst sind die Studentenwerke aufgebaut worden, um Studierende über den Betrieb von Mensen und Wohnheimen mit gutem und preiswertem Essen und Wohnraum zu versorgen. Geht es nach den Politikern, dann soll es mit diesem sozialen Auftrag bald vorbei sein. Das wurde auf der Versammlung der Arbeitsgemeinschaft der Studentenwerks-Personalräte aus NRW (ARGE) im März deutlich.

Daniel Behrzi, Aachen
Studentenrat

Die Landesregierung hat die Gutachterfirma KPMG beauftragt, die Studentenwerke auf „leistungsorientierte Markterfizienz“ hin zu untersuchen. Dieselbe Firma hatte schon die Privatisierung der Luftansa organisiert und dabei Arbeitsplätze vernichtet. Jetzt sind die Zwischenberichte des Gutachters bekannt geworden: Die Studentenwerke sollen in GmbHs umgewandelt, also privatisiert werden. Bis zu einem Drittel aller Arbeitsplätze würden im ersten Anlauf vernichtet. Durch die Privatisierung will sich das Land die jährlich 100 Millionen DM Zuschüsse an die Studentenwerke sparen. In die Röhre gucken dabei Beschäftigte und

Im Vergleich zu Versammlungen früherer Jahre waren dieses Mal eine ganze Reihe neuer und junger Vertrauensleute anwesend. Die Redebeiträge waren kämpferisch. Die Politik der Bundesregierung, aber auch die Gewerkschaftsführung wurde hart angegriffen.

Mit den Arbeitgebern könnte darüber nicht verhandelt werden, so ein Redner, das seien doch die, von denen die Angriffe kämen. Solidarität mit denen heißt Lohnverzicht für uns. Die Arbeitgeber können gar nicht unsere Verhandlungspartner in Sachen Arbeitsplatz- und Sozialabbau sein, verfolgen sie doch genau entgegengesetzte Ziele wie wir. Dabei wird die Demontage des Sozialstaats ungehin-



dert weitergetrieben. Wie in Frankreich müsse es gemacht werden. Dafür gab es starken Beifall.

Bündnis für Arbeit

Die Forderung nach Ausbildungsstellen sei ja ganz schön, aber wie sieht es dann mit der Mehrarbeit, Lohnraub usw. Dafür wird dann der Betrieb nicht dithgemacht. Demnächst dürfen wir noch Geld mitbringen, um arbeiten zu können. Aber im öffentlichen Dienst können die Arbeitgeber nicht mit der Drohung kommen, wir verlagern ins Ausland. Die Müllabfuhr und die Straßenbahnen, den Flughafen, die Krankenhäuser und all die Ämter werden hier gebraucht.

Insgesamt gab es nur drei Redebeiträge, in denen für das Bündnis geworben wurde - und die kamen alle vom Podium. Von den Vertrauensleuten aus dem Plenum gab es keinen einzigen zustimmenden Beitrag.

Die Stimmung war klar: Ein solches Bündnis wollen wir nicht. Die Versammlung hat gezeigt, wie groß der Unmut mit der ÖTV-Führung und deren Politik ist. Die Stimmung war kämpferisch, zum Teil aber gleichzeitig ein wenig hilflos. Die Vorschläge aus Startgut wurden eindeutig abgelehnt, aber irgendeine Lösung für die Massenarbeitslosigkeit suchten die Redner doch.

Es ist höchste Zeit, eine Opposition in der ÖTV aufzubauen, die eine inhaltliche und persönliche Alternative zur Führung entwickelt. Dafür werden wir in Frankfurt die Initiative ergreifen, zusammen mit anderen kritischen ÖTV-Kollegen.

Studierende müssen sie jetzt „wirtschaftlich arbeiten“.

Das hatte schon bisher die Vernichtung von Arbeitsplätzen und Preiserhöhungen für die Studierenden zur Folge. Beispiel Aachen: Hier wurden 1,5 Millionen DM an Personalkosten abgebaut, keine frei werdende Stelle wird neu besetzt. Die Preise sind Anfang 96 auf einen Schlag um bis zu 50 Prozent erhöht worden.

„Wir Beschäftigte müssen gemeinsam mit der Studentenschaft und der Gewerkschaft zum Ministerium nach Düsseldorf!“

Die größere Freiheit scheint sich zu bewähren“, so Dr. Lorenz, Landtagsabgeordneter der Aachener CDU. Fragt sich nur für wen? Einzig und allein für McDonalds und die umliegenden Imbisse, die jetzt langsam aber sicher die Essensversorgung der Studierenden übernehmen.

Durch Privatisierung würden sich die Preise an die Realitäten der privaten Profitwirtschaft angleichen. Dabei sind die Preise für unsere Leistungen schon jetzt an der Schmerzgrenze für viele Studierende, die ja auch immer weniger Geld in der Ta-



„ÖTV-Tarifrunde: Kampfkräft einsetzen“

In der laufenden ÖTV-Tarifrunde müssen wir dafür sorgen, daß nicht schon wieder ein oberfauler Abschluß herauskommt. Wir müssen eintreten für

- Volle Durchsetzung der 4,5-Prozent-Forderung
- Sofortige Angleichung der Ostlöhne an den Westen
- Keine Verschiebung der Einkommensanpassung für Beamte

Die Gewerkschaftsführung darf sich nicht auf eine Verquickung der Tarifrunde mit dem sogenannten „Bündnis für Arbeit“ einlassen: Lohnverzicht schafft keine Stellen, das haben die Entwicklungen der letzten zehn Jahre bewiesen. Zur Schaffung neuer Arbeitsplätze fordern wir:

- Schluß mit Stellenabbau und Privatisierungen
- Arbeitszeitverkürzung statt -verlängerung, bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Aufstockung der Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst

Unberufstete Übernahme aller Azubis
Dafür müssen wir wenn nötig die volle Kampfkräft in die Waagschale werfen. Und es steht ganz so aus: Die öffentlichen Arbeitgeber wollen die Arbeitszeit bei gleichem Einkommen verlängern, oder sie planen Verkürzungen ohne Lohnausgleich. Vielfach wurde in die Haushaltspläne schon eine Nullrunde eingerechnet.

Die Arbeitgeber wollen ihre Sparpolitik zu Lasten der Bevölkerung und der Beschäftigten im öffentlichen Dienst durchziehen. Daß die öffentlichen Kassen leer sind, dafür haben sie selbst gesorgt: durch Steuererhöhungen, Geschenke und Subventionen an Großverdiener und Kapital, durch Untätigkeit bei Steuerflucht und Massenarbeitslosigkeit. Rekordgewinne und Aktienhöhenflüge, illegale Mittel der Unternehmen von 1 200 Milliarden DM zeigen an, wo der Staat das Geld holen könnte. Bei uns jedenfalls nicht!

Daß die ÖTV streikfähig ist, hat sie 1992 bewiesen. Ein ernsthafter Kampf um die Sicherung der Einkommen und der Arbeitsplätze kann auch den Trend zum Mitglieder-schwund stoppen und sogar umkehren.

In Anbetracht des undemokratischen Streikabbruchs 1992 treten wir für mehr Basiskontrolle ein:

- Regelmäßige Information und Diskussion in den Vertrauensversammlungen über die Verhandlungen
- Kein Abschluß ohne Urabstimmung
- Schluß mit der Ausgliederung von Verhandlungsstellen und Vertragung in Kungelrunden
- Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit der Tarifkommissions-Mitglieder

Betriebsbesetzungen

Union: Drei Monate ohne Lohn

Die beiden Betriebsbesetzungen in Chemnitz - bei Union und bei Germania - gehen weiter. Die Kollegen machen durch viele Aktionen auf ihre Lage aufmerksam.

Claus Ludwig, Köln

Bei der Mai-Kundgebung und der DGB-Demo zum 8. Mai werden die KollegInnen der besetzten Betriebe große Kontingente stellen.

Bei Union wird ein Konzept zur Fortführung des Betriebes erarbeitet. Mit den Aktionen soll Druck auf die Landesregierung ausgeübt werden, eine Anschubfinanzierung für den Weiterbetrieb des Betriebes zu gewähren, damit Investoren angezogen werden können. BR-Vorsitzender Aurich: „Wir sind zur Zeit nicht in der Lage eine andere Geschäftsordnung zu schaffen. Diese Gesellschaft basiert auf Profit. Also müssen wir Investoren finden, die sich in den nächsten Jahren Profit versprechen.“

Aschersleben

Die Aktionen werden gemeinsam mit den Germania-Arbeitern durchgeführt. „Unsere Probleme sind nicht Union-spezifisch, sie liegen in dieser Ge-

Auch bei Dörries-Scharmann in Aschersleben geht die Besetzung weiter. Der Mutterkonzern aus Mönchengladbach hält an dem Plan fest, die Belegschaft von 289 auf 150 zu verkleinern, was für nächstes Jahr das Ende bedeuten würde. Er weigert sich, das Werk zu verkaufen, da er somit die bisher konzentriertem billig gehaltene Arbeit teurer kaufen müßte. Für ein Jahr soll Aschersleben als billige verlängerte Werkbank dienen, als Belohnung soll dann die Schließung kommen. ■



Manfred Engelhardt, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Studentenwerks-Personalräte in NRW

sche haben“, so Manfred Engelhardt, Vorsitzender der ARGE.

Gemeinsamer Kampf

Von Beginn an sind die Beschäftigten der Studentenwerke gegen die Privatisierungspolitik der Landesregierung stramm gelaufen. Ohne ihren entschlossenen Widerstand hätten die Landespolitiker die Studentenwerke schon längst platigemacht. Jetzt

ist es notwendig, daß sich auch die Studierenden an dem Kampf beteiligen.

Manfred Engelhardt: „Wir Beschäftigte müssen gemeinsam mit der Studentenschaft und der Gewerkschaft zum Ministerium nach Düsseldorf!“ Erste Schritte zur Zusammenarbeit sind getan.

Die Vertreter von Landes-Akten-Treffen sprachen sich auf der Versammlung für gemeinsame Aktionen aus. Um die Privatisierung noch zu verhindern, muß der gemeinsame Protest von Beschäftigten und Studierenden jetzt auf die Straße getragen werden.

SAV Aachen aktiv gegen Sparhaushalt

Bündnis gegen Sozialabbau gegründet



Protestaktion von SAV und VHS-SchülerInnen vom Aachener Rathaus

Seit Sommer letzten Jahres war es klar: 1996 wird in Aachen das Jahr der Kürzungen und des Sozialkollaps. Regelmäßig waren in den Lokaltzeitungen Meldungen über das stetig wachsende Loch im Stadthaushalt zu lesen, begleitet von Forderungen nach „Sparmaßnahmen“. Ab September kam dann die Propagandamaschinerie des rot-grünen Stadtrats auf Touren: eine ganze Palette möglicher Kürzungen, von Verteuerung der Buspreise bis Schließung von Hallenbädern, wurde in die Debatte geworfen, und immer sollten die Kürzungen allein zu Lasten der Arbeiterklasse gehen.

In dieser Situation entschied sich der Aachener Stadtverband der SAV, eine Kampagne gegen Sozialkürzungen auf kommunaler Ebene zu starten, um Gegenwehr gegen den bevorstehenden Sozial-Kahlschlag zu organisieren.

Georg Lohmeyer, SAV Aachen

Schon bei unseren ersten Aktionen im Dezember merken wir, daß Wut und Empörung über das Kahlschlagkonzept des

rot-grünen Stadtrates enorm waren. Seit Dezember habe ich auf der Straße mit Sicherheit über hundert Leuten diskutiert, und nur zwei waren bereit, die Kürzungspolitik zu verteidigen. Auch waren wir nicht die einzigen, die auf den Gedanken gekommen waren, sich zu wehren. Angestellte der Stadtbücherei sammelten Unterschriften gegen Entkürzungen, Schüler demonstrierten gegen die Schließung der Eisporthalle, Beschäftigte des Klinikums demonstrierten gegen die Privatisierung der Hausgarnterei und vieles mehr.

Am 20. März organisierten wir anlässlich einer Stadtratssitzung eine Protestaktion vor dem Rathaus. Als wir dort ankamen, trafen wir über 150 Schüler der Volkshochschule, die gegen die Kürzungen bei der VHS und für ihr Recht auf Bildung demonstrierten. Gemeinsam gingen wir in die Ratsitzung hinein und traktierten die Damen und Herren vom Stadtrat mit Fragen nach ihrer Vorstellung von Bildungspolitik.

Zu hören bekamen wir allerdings nur die üblichen Ausreden und Zynismen. „Man kann seinen Abschluss doch auch an der Abendrealsschule machen“, so ein SPD-Ratsherr. „Die Schüler sind von den Lehrern aufgehetzt

worden, um uns vorzuführen“, so einer von der Grünen-Fraktion. (Die „aufgehetzten Schüler“ waren allesamt erwachsene Leute, eine ganze Reihe über dreißig). In der Lokalkpresse machte sich die Aachen-SPD den Vorwurf gefallen lassen, ein Sozialdemokrat habe nie seine Hand gegen ein Bildungsinstitut der kleinen Leute, und sie besorge das Geschäft der CDU. Gleichzeitig hatte unsere Kampagne gegen Sozialkürzungen Kreise gezogen, und wir wurden von verschiedenen Gruppen, darunter PDS, Jusos und Junge Grüne, auf Zusammenarbeit und gemeinsamen Kampf gegen die Kürzungen angesprochen.

In der Diskussion wurde klar, daß man die vereinzelt Proteste zusammenfassen und alle Kräfte hindeln muß; daß man

nur gemeinsam das Kürzungskonzept des Stadtrats zu Fall bringen kann. Daher gründeten wir das Bündnis gegen Sozialabbau, mit dem Ziel, alle Betroffenen an einen Tisch zu bringen und eine gemeinsame Strategie anzuarbeiten. Im Übrigen wurde der Kürzungshaushalt jetzt beschlossen: 3 Millionen bei der Sozialhilfe, 2 Millionen bei der Kinderbetreuung, 500.000 bei der Volkshochschule, insgesamt 35 Millionen DM werden gestrichen.

Das Bündnis gegen Sozialabbau ruft auf zu einer Demonstration am 22. Mai, gegen Sozialabbau, gegen Prestigeprojekte, gegen die Kürzungen des rot-grünen Stadtrats. Wir haben unsere Arbeit aufgenommen, und wir sind sicher, daß wir Erfolg haben werden.

Wofür wir kämpfen

Arbeit und Ausbildung

- ★ Arbeit für alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Mindestlohn von 2000 DM netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Qualifizierte Ausbildungsplätze und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Für Schüler, Studenten und Azubis ab 18 Jahre mindestens 1500 DM netto

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Streichung des Paragraphen 218 Strafgesetzbuch
- ★ Kostenlose Betreuung für Kinder ab dem 1. und bis zum 12. Lebensjahr, einen garantierten Kindergartenplatz für jedes Kind
- ★ Flachendeckendes Angebot an selbstverwalteten Frauenhäusern

Gegen Rassismus und Faschismus

- ★ Keine Abschiebungen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Abschaffung aller Ausländergesetze
- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten durch antirassistische Bewegung, Gewerkschaften, SPD und PDS

Wohnen

- ★ Sofortiger Mietenstopp und Begrenzung der Mieten auf 20 Prozent des Nettoeinkommens
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung
- ★ Enteignung großer privater Wohnungsbestände
- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen im Jahr

Soziales

- ★ Nein zu „Solidarbeitrag“ und Ergänzungsabgabe
- ★ Rücknahme aller Kürzungen der Kohl-Regierung
- ★ Kostenloses staatliches Gesundheits- und Pflegesystem
- ★ Massiver Ausbau von Schulen und Hochschulen

Bundeswehr

- ★ Radikale Abrüstung und Stopp von Rüstungsexporten
- ★ Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Umstellung auf sinnvolle zivile Produktion
- ★ Kein Einsatz der Bundeswehr gegen Arbeiter und Demonstranten, kein Einsatz im Ausland
- ★ Streikrecht und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Soldaten
- ★ 1500 DM Mindestsold bzw. Lohnfortzahlung für Soldaten und Zivildienstleistende

Umwelt und Verkehr

- ★ Sofortige Stilllegung aller AKW und Stopp von Umwelterstörer Produktion bei voller Lohnfortzahlung für die Beschäftigten
- ★ Müllvermeidung und Recycling, sofortiger Baustopp für Müllverbrennungsanlagen
- ★ Ausbau des öffentlichen

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Keine Privatisierung, Verstaatlichung aller Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung
- ★ Für eine demokratische Planwirtschaft, in der die Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt wird
- ★ Wahl- und jederzeitige Abwahlbarkeit aller Funktionäre in Wirtschaft und Staat. Keine Privilegien für Funktionäre, sondern durchsichtige, chem. Facharbeiterlohn

SAV-Spendenkonto

Wir alle müssen den Gürtel enger schnallen. Der Kanzler geht mit gutem Beispiel voran. Abspeckkur im Fastenkurort Bad Hofgastein bei Wasser und Brot! Na also, was Kohl kann, das müssen wir doch auch können. Und da uns der Kanzler alle lieb hat, bringt er uns aus dem Urlaub direkt 'was mit. Ein Sparpaket, 50 Milliarden im Jahr 1997, um Bund, Länder und Gemeinden „zu entlasten“. 40 Mrd. sollen durch 2 Nullrunden im öffentlichen Dienst eingespart werden.

Es wäre allerdings eine noch

größere Entlastung, wenn z. B. den Banken nicht jährlich über 100 Mrd. DM an Zinszahlungen von Bund, Ländern und Gemeinden in den Rachen geworfen würden. Die Politiker folgen nun dem Konzern- und Bankertendenzen zum Großangriff gegen die Rechte und Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung.

Die SAV unterstützt die Betroffenen bei ihrer Gegenwehr. Ob in Aachen gegen städtische Kürzungen, in Bremerhaven und Bremen gegen die Wertenschließungen, in Köln gegen die Verlagerung eines Traktoren-

werkes (530 Mitarbeiter) oder in Berlin gegen eine Werkschließung (500 Beschäftigte).

Im letzten Monat konnten wir mit über 5000 DM für die Arbeit der Bundeszentrale das beste Spendenergebnis seit einem Jahr verbuchen, ein Indiz für unsere beständige Arbeit auf der Straße und in den Betrieben.

Am ersten Mai ist der Kampftag der Arbeiterklasse, Ende Mai stehen verschiedene Pfingstcamps an. Anfang Mai will die Regierung ihr Sparpaket fest verschmirt haben. Wir werden also genügend Gelegen-

Spendenkonto

Konto-Nummer
2500 59-430
Postbank Essen
(BLZ 360 100 43)

Werde Mitglied der SAV!

- Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
 - Ich möchte Mitglied der SAV werden.
- Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Sozialistische Alternative VORAN - ORTSGRUPPEN

- Rostock**
Donnerstags, 19 Uhr, Augustenstraße 112a
Infos unter 03 81/499 65 90
- Berlin**
OG Treptow, montags 19 Uhr, Kinderladen Fun-Fun, Defregger Str. 2, 5-Bahn Treptower Park
OG Mahlzahn, donnerstags 19 Uhr, Ortsteilnisch erfragen (Tel.: 442 92 94)
OG Prenzlberg, montags 19 Uhr, „Kiez-Club“
Jahrböcker 27a, 5-Bahn Prenzlauer Allee
OG Wedding, donnerstags 19 Uhr, Linkestr./Weddingstr. 6, U-Bahn Nauener Platz
Infos unter 030 / 442 9294 erfragen
- Kassel**
OG Nordost, freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schachhof, Mombachstr. 12
OG West, sonntags, 18.30 Uhr, Café Libre, Fr.-Ebert-Str. 171 (Gegüber der Stadthalle)
Infos unter 05 61 / 1 64 91
- Bremerhaven**
OG Süd, montags, 19 Uhr, „Schillerklausur“, Schillerstr. 41, U-Bahn Deutzer Freiheit
OG Nord, montags, 19 Uhr, SAV-Büro, Zeppelestr. 3
OG Mitte, dienstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Zeppelestr. 3
Infos über Themen unter 04 71 / 41 75 48
- Bremen**
Mittwochs, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehnschloß, Hasteder Osterdeich 230. Weitere Infos über Bundeszentrale
- Aachen**
OG Ost, montags, 19 Uhr, SEDAN-EK, Adalbertsweg 233
OG Nord, dienstags, 19 Uhr, Griechische Gemeinde, Rudolfstr. 18
Infos unter 02 41/50 86 85
- Siegen**
Freitags, 19 Uhr, Evangelische Studentengemeinde (ESG), Burgstraße 8 (bei oberem Schloß)
- Köln**
Donnerstags, 19 Uhr, Bürgerzentrum Deutz, Tempelstraße 41, U-Bahn Deutzer Freiheit
Infos unter 02 21 / 13 45 04
- Frankfurt/Main**
Donnerstags, 19 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5
Weitere Infos unter 0 69 / 45 32 75
- Stuttgart**
OG Mitte, jeden Mittwoch, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Höhe Str. 9
OG Süd-West, jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Jugendhaus Heilach (Göblinger Str. 92)
Infos unter 02 21/50 86 85
- Freiburg**
Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

ABONNIERT VORAN!

- zehn Ausgaben zu 18,- DM
- zusätzlich Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- Förderabo, 10 Ausgaben zu DM (ab 30,-)

Name, Anschrift, Telefon

Übersenden an: VORAN, Postfach Essen, BLZ: 360 100 43, Konto-Nr. 250 059-430 - keine automatische Abo-Verlängerung
Abschnitt schicken an: Red. VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Werde Mitglied der SAV!

- Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
- Ich möchte Mitglied der SAV werden.

Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

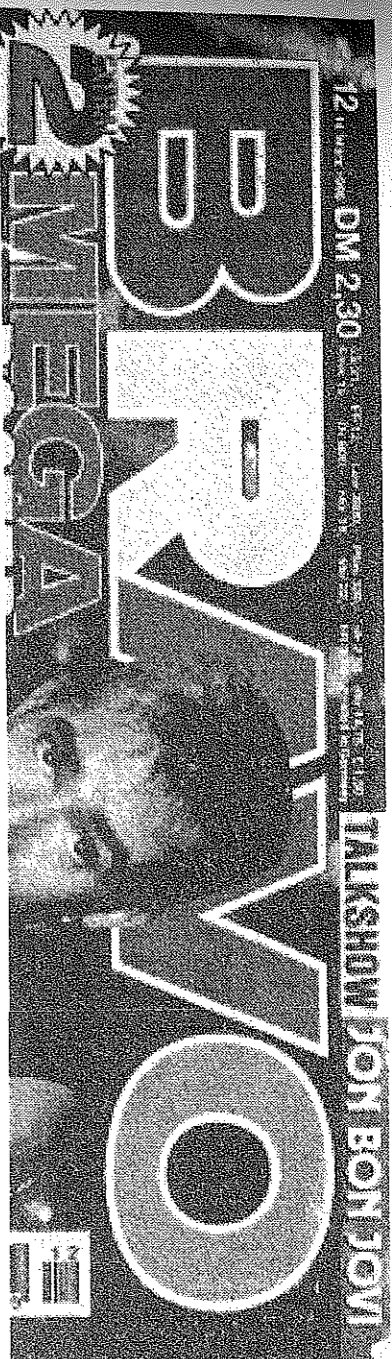
Name, Adresse, Telefon

Abgeben am SAV-Stand, Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an: Sozialistische Alternative VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
InfoTelefon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

VORAN

Impressum

Überregionale marxistische Monatszeitschrift
Erschient seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakteur: Angela Bärker
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Berger und Bossmann GfR Kassel
Redaktionsanschrift: Voran, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon: 02 21/13 45 04 oder 13 46 04
Bankverbindung: Postsparkasse Essen (Blz: 360 100 43)
Konto-Nr. 2500 59-430



Wegweiser

ZUM KOMMERZ

Paddy, 18 Jahre: „Mit 14 hatte ich die erste Freundin. Seitdem bin ich solo und warte auf die große Liebe!“

Paddy angelt und schwimmt gerne, geht ab und zu ins Fitness-Studio. Am liebsten beschäftigt er sich aber mit Musik. Paddy ist Sänger der populären Gruppe Kelly Family. Das Quiz mit Piffi: Wie gut kennst Du DJ Bobo? Wo lernte er seine Frau Daniela kennen? Wie heißt der Ort bei Zürich in dem er geboren wurde?

Jörg Blumenfeld, Jugendoffensive/JRE Köln

Mit dieser Informationen füllte BRAVO – „Deutschlands größte Zeitschrift für junge Leute“ – Woche für Woche ihre LeserInnen ab: Neues aus der Showbranche und dem Privatleben derer, die es nach Meinung vieler BRAVO-LeserInnen geschätzt haben: Einladungen zum Konsumieren von CDs, teurem Modemüll, Kosmetika, Getränken, Süßigkeiten sowie Leihhilfe in Bett („Mein Freund kommt zu früh.“) und Penne machen das 70-80seitige BRAVO-Paket aus.

Realitäten und Gymnasialisten sind unter den LeserInnen gleichmaßen vertreten.

Geschäfte

Am 26. August 1956 erscheint die erste Ausgabe, im Verlag Kinder & Schlemmer. Erster Chefredakteur ist Peter Boenisch, der spätere Chefsetzer der BILD-Zeitung und zeitweilige Regierungssprecher Kohls. Im Juni 1965 wird der Verlag samt BRAVO an den Springer Konzern verkauft.

Im November 1965 bringt der Bauer-Verlag zwei Konkurrenzblätter heraus: WIR und OK. Gleichzeitig kauft Bauer von einem niederländischen Musikverlag die deutschsprachige MUSIKPARADE. Im August 1966 werden die beiden Bauerblätter WIR und OKAY vereint, neuer Titel: BRAVO-OKAY. Im Juni 1968 verkauft Springer einige Zeitschriften, darunter auch BRAVO, an den Stuttgarter Großdrucker Weipert. Zwei Monate später verhöbert dieser das Blatt für 34 Millionen Mark an den Bauer-Verlag. Zu dem Geschäft bemerkt der „Spiegel“ seinerzeit: „Bei einem Verkaufspreis von einer Mark deckt die Teenager-Postle ihre Herstellungs- und

Vertriebskosten in etwa aus dem Verkaufserlös. Anzeigenaufträge minus Redaktionskosten ergeben einen jährlichen Gewinn von rund vier Millionen Mark.“

Heute ist BRAVO nicht nur BRAVO: Mittlerweile gibt es BRAVO-GIRL, BRAVO-SPORT, BRAVO-FOTO-LOVE-STORY, BRAVO-HERZKLOPFEN (Liebesroman). Die LeserInnen, die immer noch nicht genug haben, können dann auch noch dem BRAVO-TV fröhnen. Außerdem gibt es da noch die Kuschele-rock-Mode, die BRAVO exklusiv über den Neckermann Konzern vermarkten läßt.

Habende und Teilhabende

Die BRAVO-Family ist eine Duz-Gemeinschaft von vorgehenden Habenden und zuzuschauenden Teilhabenden. Die einen haben „es“ geschafft, sind Stars, Superstar, Weltsuperstar. Die anderen dürfen Woche für Woche begucken, wie es aussieht, was es kostet und wieviel es bringt. BRAVO baut sich seine Stars selbst auf, wie zum Beispiel die Kelly Family, die mit BRAVO einen Exklusivvertrag hat. BRAVO erzieht sein Publi-

um ununterbrochen: in den Rubriken BRAVO-Mode, BRAVO-Songbook, BRAVO-Zentrale bekommen die Kids gesagt, was sie konsumieren müssen, um weiterhin „in“ zu sein.

Klar, daß zum Beispiel die BRAVO-Fernsehtips keinen Hinweis auf gesellschaftskritische Sendungen enthalten – ein Bedauern von „Monitor“ ist wahrscheinlich den wenigsten

Doch durch Verbotssanträge ist dem Phänomen wohl nicht beimzukommen. Das Aufgreifen vermeintlicher oder tatsächlicher Sorgen, Fragen und Interessen der Jugendlichen kommt zunächst mal an, und wird durch „Rat“ und „Orientierungshilfe“ in Richtung Kommerz und gängige gesellschaftliche Vorstellungen gelenkt.

Solange Zeitschriften wie BRAVO (und das gesamte Medienwesen) in den Händen privater Großkonzerne liegen, stehen der Profit und der Transport der herrschenden Ideologien im Vordergrund. Nur ein demokratisch organisiertes Pressewesen durch öffentliches Eigentum und demokratischen Zugang aller gesellschaftlichen Gruppen zu den Medien könnten dies ändern, und dadurch auch Jugendlichen ermöglichen, den Inhalt ihrer Zeitschriften selbst zu bestimmen.

Muß man sich also heute damit abfinden, daß BRAVO unangekündigtes Million Jugendlicher „orientiert“? Das DGB-Jugendmagazin „fan“ könnte eine Alternative sein, wird jedoch von der Gewerkschaftsführung geradezu stiefmütterlich behandelt, was Ausstattung, PR und redaktionelle Freiräume betrifft. Hier wäre ein massiver Auf- und Ausbau nötig, um eine sinnvolle Alternative zu BRAVO zu entwickeln.

Berlin brodelte

Jugend an vorderster Front gegen Kürzungen

Das schlimmste Sparpaket der Berliner Nachkriegsgeschichte trifft auch Kinder, Schülerinnen und Studierenden besonders hart. LehrerInnen stellen werden gestrichen, der Preis für Schulsachen auf 4,40 DM erhöht. Schulclubs und Kinderfreizeiteinrichtungen sollen geschlossen, Kinderheime und Kitas zusammengelegt werden.

Doch als Reaktion darauf gab es in Berlin so viele Protestemonstrationen wie schon lange nicht mehr, bereits bevor der Sparhaushalt verabschiedet wurde.

Alexandra, Schülerin, Jugendoffensive/JRE Berlin

Den Anfang machte das „Bündnis gegen Sozialabbau und Ausgrenzung“, worin größtenteils StudentInnen aktiv sind, mit einer Demonstration mit 14.000 Teilnehmern im Dezember letzten Jahres. Danach folgten zahlreiche Aktionen an drei verschiedenen Unis in Berlin gegen die Einführung von Studiengebühren und BAföG-Verzinsung.

Im Wedding gab es einen ein-tägigen Schulstreik auf den Aufruf der Elternvertretung hin, an dem 37 von 39 Schulen teilnahmen. In Kreuzberg wurden 18 Schulen von Eltern besetzt. Einen vorläufigen Höhepunkt bildete eine Demonstration mit 10.000 SchülerInnen aus drei Berliner Bezirken. Sie folgten einem Aufruf der Gesamtschülervertretung, der leider sehr kurzfristig kam, so daß eine breite Mobilisierung schwer möglich war.

Am gleichen Tag trafen sich auch AktivistInnen von gefährdeten Kinderclubs, KITas und Kinderheimen vor dem Roten Rathaus. Eltern, Angestellte und Kinder protestierten mit einem bunten Treiben und einer Showbühne gegen die geplanten Kürzungen.

Tausende SchülerInnen beteiligten sich an den Demonstrationen gegen Bildungs- und Sozialabbau

Der Roten Rathaus an, die vom Bündnis für Sozialabbau mobilisiert wurden. Einen großen Teil der Demonstranten stellten auch hier Eltern, ErzieherInnen und Schülern.

Insgesamt gingen an diesem Tag 35.000 Menschen gegen die Kürzungen des Senats auf die Straße, teilweise wurden Rufe nach „französischen Verhältnissen“ laut.

Die Polizei war gut gerüstet. Die gesamte Innenstadt war mit den unterschiedlichsten Polizeifahrzeugen bestückt. Der Eingang des Rathauses war mit 120 Wannen zugestellt und mit zusätzlichen Abzäunungen wei-



räumig abgeteilt. Dennoch verlief der gesamte Protesttag erstaunlich friedlich, nachdem die Presse am Vortag Horrormeldungen von revoltierenden SchülerInnen verbreitet hatte.

Dies war erst der Anfang. Für den Herbst planen die StudentInnen ein Aktionssemester, auch der Protest an den Schulen soll weitergehen. Es kommt jetzt darauf an, den Widerstand zu verbreitern und zu bündeln sowie eine politische Alternative zur Sparpolitik des Senats aufzuzeigen. (Siehe auch Artikel Seite 12)

John Steinbeck: Stürmische Ernte

dtv-Verlag 12,80 DM

„Torgas ist ein kleines Tal und besteht fast ausschließlich aus Apfelplantagen. Das meiste befindet sich in den Händen weniger Eigentümer. Natürlich gibt es auch kleine Güter, aber sie sind nicht sehr zahlreich. Wenn nun die Äpfel reif sind, kommen die Wanderarbeiter zur Ernte. Und von dort wandern sie über die Berge weiter nach Süden und pflücken Baumwolle. Und nun haben diese paar Kerle, denen fast das ganze Torgas-Tal gehört, abgewartet, bis

benah alle Erntearbeiter angekommen waren. Die haben auf dem Hinweg natürlich fast ihr ganzes Geld ausgegeben. Das machen sie immer so. Und dann verkaufen die Gutsbesitzer ihren Lohnabbau. Und wenn die Arbeiter nun sauer sind? Was können sie schon tun? Sie müssen die Äpfel nun schon pflücken, um überhaupt wieder fortzukommen.“

Außer sie schaffen es, erfolgreich zu streiken. Wenn sie verhindern können, daß Streikbre-

cher die Äpfel pflücken, verfaul den Gutsbesitzern die gesamte Ernte.

Mac und Jim, zwei Rote, machen sich sofort auf den Weg. Sie wollen einen Streik anzetteln, helfen, daß er erfolgreich wird und so das Bewußtsein schaffen, daß es darum geht das System zu verändern.

John Steinbeck hat mit dieser Geschichte über den Arbeitskampf einen spannenden Roman geschaffen. Die Höhen und Tiefen, Erfolge und Mißerfolge und die plötzlichen Wendungen lassen einen von den ersten Seiten an mitfiebern.

Aus der Sicht zweier Kommunisten beschreibt der Autor die Gefahren und die taktischen Fragen, die in diesem Arbeitskampf auftauchen. Die Methodik der Gutsbesitzer, die Charaktere einzelner Beteiligten und die Massenspsychologie spielen bei der Handlung eine Rolle. So nahrt er ein realistisches Bild einer solchen Situation.

Mac und Jim werden dabei manchmal sehr idealisiert, wie sie sich mit jeder Faser der

kommunistischen Sache hingehalten. Und auch die kalte Berechnung, mit der sie Menschenleben zu opfern bereit sind, geht manchmal etwas zu weit. Doch gleichzeitig wird der Leser überzeugt, wie wichtig es ist, die Wut der Wanderarbeiter zu lenken. Der Erfolg des Streiks und die Folgen für weitere Arbeitskämpfe stehen im Mittelpunkt der Überlegungen von Mac und Jim.

Es ist nicht nur ein Buch für Kommunisten. „Stürmische Ernte“ liest sich wie ein Abenteuerroman. Gefühle, Ängste und Freuden einzelner Menschen haben ihren Platz darin gefunden. Und vor allem entwickelt sich die Handlung so stürmisch, daß ich davon überzeugt bin, daß es jeden mitreißt.

Bisher habe ich wenige Romane in die Finger bekommen, die so spannend über das Leben von Arbeitern, aus Sicht der Arbeiter berichten. Es enthält Lehren und Anregungen für unsere politische Arbeit.

Miriam Alberti

Gewerkschaften in Frankreich nach der Streikbewegung

Opposition und Vernetzung

Seit Ende der Streikbewegung vom letzten Dezember rumort es in den französischen Gewerkschaften. Die soziale Bewegung hat wie ein Erdbeben für Grundlagenänderungen in der Gewerkschaftslandschaft gesorgt.

Aufnahme und Fortsetzung der Streiks wurde auf täglicher Basis von den Arbeitern selbst getroffen. Die Gewerkschaftsfunktionäre hatten zwar neben den gewählten Vertretern der Vollversammlungen Rederecht und waren paritätisch in den Koordinierungskomitees vertreten, es wurde aber von den Basis-Aktivist:innen penibelst draufgesehen, daß diese nicht die Leitung übernahmen. Den Streikführern war klar, daß sie an den Gewerkschaften nicht vorbeikamen, aber sahen auch die brennende Rolle und Gefahr, die der Einfluß der Funktionäre bildeten.

Trotz ihrer Schwäche hat die französische Gewerkschaftsbewegung einen großen Einfluß in der Bewegung im Dezember 1995 ausüben können. Der Kampf ist über und durch die Gewerkschaften entschieden worden.

Beindruckend bei der Organisation des Streiks war die Demokratie der Vollversammlungen und die Berufsgruppenübergreifenden Versammlungen. Die Entscheidung über die

Der niedrige Gewerkschaftsorganisationsgrad von 10% lag nicht immer so tief in der Geschichte Frankreichs. Direkt nach dem Krieg 1947 waren noch 50% der Arbeitnehmer in Gewerkschaften organisiert.

Organisationsgrad

Dies sank innerhalb der darauffolgenden 10 Jahren auf knapp die Hälfte ab. Grund dafür waren hauptsächlich die Grabenkämpfe zwischen der FO und CGT, die sich nach der Abspaltung bis auf's Messer bekämpften.

Bis in die 70er Jahre stabilisierte sich der gewerkschaftliche Organisationsgrad bei ca. 30%. Die Massenbewegung im Mai 1968 sorgte für Mitgliederzuwächse bei der CGT und der eher sozialdemokratischen

Wunsch nach Einheit

Der Wunsch nach Einheit im Klassenkampf spielt eine große Rolle in der französischen Arbeiterbewegung. Gewerkschaftsübergreifend, berufs- und branchen-übergreifend, Nichtorganisierte und Organisierte: „Tous ensemble“ (alle gemeinsam) gegen den Plan Juppe war das Motto der Bewegung. Diese Zusammenarbeit wurde in mühsamer Kleinarbeit von Vertrauensleuten und Betriebsräten in den 80er Jahren betrieblicher Ebene vorbereitet. Immer wieder ist man auf die Kollegen der „konkurrierenden“ Gewerkschaften zugegangen, hat versucht, Vorurteile und Spannungen abzubauen und eine Aktionseinheit zu finden. Diese Ansätze zur Einheit von unten wurden unabhängig, teilweise

gegen die Politik der Führungsspitzen aufgebaut und bildete die Grundlage für den gemeinsamen Kampf vom Dezember 1995, übte genügend Druck aus für die gemeinsamen Appelle der nationalen Gewerkschaften.

Die CFDT-Basis beteiligte sich auch gegen den Willen ihrer Führung um Nicole Notat an der Bewegung; Tausende von Aufklebern mit Parolen wie „CFDT im Kampf“ oder „CFDT ohne Notat“ demon-

Sie kann aber nicht verhindern, daß zum ersten Mal in der Geschichte der CFDT jetzt eine oppositionelle Zeitung innerhalb der Gewerkschaft herausgegeben wird (siehe Interview).

Force Ouvrière

Große Konflikte gab es bei der FO mit Blondel an der Spitze, in diesem Fall von einer rechten Opposition. Von einem Teil seiner Mitglieder als Trotzlist be-



„Die Einigkeit, die wir erreichen konnten, war der größte Erfolg unsers Kampfes. Die kann uns keiner mehr nehmen“, so eine Krankenschwester aus Rouen.

CGT

Die kommunistische CGT hat eindeutig das einheitslichste und das kämpferischeste Auftreten in der Bewegung bewiesen. Ihre Autorität ist durch die Bewegung gestiegen. Die Beiträge haben sich dieses Jahr im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt.

Unter den fortgeschrittenen Aktivist:innen ist die Kritik und Skepsis gegenüber den Funktionen stark angestiegen. Auf dem CGT-Kongreß im Dezember wurde deutlich, daß die Führung Schwierigkeiten hatte, nicht die Kontrolle über die Massenbewegung wie über ihre eigene Delegierten zu verlieren.

Von den Mitgliedern an der Streitfront wurde der Führung Verrat an der Bewegung vorgeworfen. Es wurde kritisiert, daß die CGT den privaten Sektor nicht konkret zum Streik aufrufen und der Bewegung absichtlich keine Perspektive geboten habe.

CFDT

Stark unter Druck gekommen ist auch die CFDT-Spitze, die es sich in einer solchen Massenbewegung geleistet hat, die faktisch der Regierung zu unterstützen. In der Vergangenheit ist sie mit Ausschlüssen von Oppositionellen nie zümpflich umgegangen, wie zum Beispiel die kleine Gewerkschaft SUD zeigt, die von ausgeschlossenen CFDT-Mitgliedern aufgebaut wurde.

Dieses Mal hatte die Gewerkschaftsführung größere Schwierigkeiten mit der neugebildeten Opposition. Die Solidarität mit denjenigen, die gegen den Willen der Führung mit in den Streik getreten waren, ist zu groß, selbst von den Mitglieder, die hinter der Notat stehen. Die Forderung nach einem neuen Kongreß mit Neuwahlen ist zwar von der Führung kalt-schnäuzig abgelehnt worden.

Basis-Gewerkschaften

Einen großen Auftrieb in der Bewegung haben die kleineren, sehr kämpferischen Gewerkschaften bekommen. So zum Beispiel die neuere FSU, die sich vor allen Dingen unter den Lehrkräften eine solide Basis aufgebaut hat, oder die so-

Die französischen Gewerkschaften
CGT: Ältester und größter Gewerkschaftsverband mit 640 000 Mitgliedern und 20 Prozent Anteil bei Betriebswahlen, der KP nahestehend, Vorsitzender Yannet
CFDT: Zweiggrößter Gewerkschaftsverband mit 617 000 Mitgliedern und ebenfalls rund 20 Prozent bei Betriebswahlen; an der SP orientiert; Vorsitzende Nicole Notat
FO: Gewerkschaftsverband mit 11 Prozent Anteil bei Betriebswahlen; früher eher konservativ ausgerichtet, in letzter Zeit radikaler; Vorsitzender Marc Blondel
CFTC: Christliche Gewerkschaften
FEN: Gewerkschaft im Erziehungswesen
SUD: Linke Basisgewerkschaft mit Sektionen bei Telekom (SUD-PTT) und neuerdings Bahn (SUD cheminots)
FSU: Kleinere, linke Lehrer-gewerkschaft
Zehnergruppe: Zusammenschluß von kleineren Basisgewerkschaften

Interview mit der CFDT-Opposition

Für eine soziale Umwälzung

Im Gefolge der Streikbewegung wurde in der CFDT zum ersten Mal eine Oppositionszeitung herausgegeben, deren Titel das Motto der Streikbewegung aufgreift: „Tous ensemble“ (Alle gemeinsam). Die zweite Ausgabe wurde in einer Auflage von 70.000 Exemplaren verteilt.

Dies ist eine gekürzte Wiedergabe eines Interviews mit Marie-Claude Herboux, Redaktionsmitglied von „tous ensemble“, Lehrerin und Mitglied des Ausschusskomitees der URJ (Union Régionale Interprofessionnelle) CFDT der Basse-Normandie, einem der traditionell kämpferischsten Bezirke innerhalb der CFDT.

Das Interview wurde von unserer Schwesterorganisation „Gauche révolutionnaire“ (Revolutionäre Linke) und ihrer Zeitung L'égalité geführt.

L'égalité: Seit wann gibt es die Auseinandersetzungen zwischen dem Regionalbezirk und der nationalen Linie und warum gehen sie?

Marie-Claude: Die Unstimmigkeiten mit der Gewerkschaftsleitung bestehen schon seit Anfang der 80er Jahre. Es ging um die Frage des Stams der „Unsuren“, derjenigen in prekären Arbeitsverhältnissen. Andere Fragen sind dazu gekommen. Mittlerweile haben wir selbst unterschiedliche Auf-

fassungen über die grundlegenden Konzeption der Gewerkschaftspolitik. Der Kongreß in Montpellier, die Ereignisse im Dezember 1995 haben es zu einem großen Eklat kommen lassen.

Was ist das Ziel von „Tous ensemble“?

Da die Ausdrucksmöglichkeit oder der Meinungsaustausch unmöglich gemacht wurde (die freien Seiten in der Gewerkschaftspressen wurden abgesehen), haben wir im Dezember gedacht, es ist unerträglich eine „Tous ensemble“ herzustellen. Diese Zeitung soll monatlich in der CFDT herauskommen, sie soll den Mitgliedern die Möglichkeit bieten, sich auszudrücken, sie soll auch die Diskussion über Forderungen vorantreiben, die uns legitim erscheinen und die von der Führung im Dezember nicht aufgestellt worden sind.

Wie ist die Stimmung momentan in der CFDT? Hat es Ausschlüsse gegeben?

Das geht nicht so einfach. Aber es gibt andere Mittel, wie zum Beispiel die Wahlen zu Kommissionen. Wir sind systematisch aus den Kommissionen gedrängt worden. Ich darf zum Beispiel nicht mehr an der Frauenkommission teilnehmen. Wir sind aus allen Gremien ausgeschlossen, einschließlich aus denen ohne Entscheidungsbezug. Nur im Nationalen Rat sind wir noch, wo die Teilnahme nicht an eine Wahl gebunden ist, sondern wo Organisati-

beit mit Arbeitsloseninitiativen und Frauenrechtsorganisationen vorweisen.
Um Ausschlüssen zuvorzukommen, haben sich einzelne Bezirke von CFDT-Eisenbahnern nach dem Streik in der SUD organisiert und nennen sich jetzt „SUD Eisenbahner“.

Verbindungen

Eines der Hauptprobleme im Dezember 1995 waren die zu schwachen berufsübergreifenden Kontakte, die über die lokale Ebene hinausgingen. Während die Student:innen ein nationales Streikkomitee mit Delegierten aus Universitäten des ganzen Landes aufgebracht hatte, welches sich mehrmals traf, gab es unter den streikenden Arbeitern keine „echte“ nationale Vernetzung. Den Medien konnte man wegen ihrer Hetzpropaganda gegen die Streikenden nicht mehr glauben, die eigenen Informationsflüsse liefen zu schleppend. Die großen Gewerkschaften, die sie hätten herstellen können, hatten kein Interesse daran, und die kleinen Gewerkschaften waren zu schwach, um diese Verbindungen aufzubauen.

„Die Einigkeit, die wir erreichen konnten, war der größte Erfolg unseres Kampfes. Die kann uns keiner mehr nehmen.“ drückt eine Krankenschwester, CGT-Mitglied in Rouen, das Gefühl vieler Streikenden im Dezember 95 aus. Dieser Wunsch nach Einheit wird sich in irgendeiner Form durch Druck von unten in der gesamten Gewerkschaftsbewegung seinen Weg bahnen. Die nächsten Aufgaben sind jedenfalls der Aufbau starker, national vernetzter Gewerkschaftsoppositionen in den verschiedenen Gewerkschaften und der Ausbau der europäischen Kontakte zu einem europaweitem Netzwerk, zur Wiederbelebung der europäischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

General Motors USA

Größter Streik seit 1970



Erbitterte Abwehrkämpfe der US-Arbeiter haben in der letzten Zeit zugenommen

Antang März gingen in Dayton/Ohio zwei Bremsbelagwerke von General Motors mit rund 3000 Beschäftigten in den Streik. Sie kämpften für die Sicherung ihrer Arbeitsplätze gegen Auslagerung von Produktion („outsourcing“) und für Neueinstellungen aufgrund zunehmender Arbeitshetze.

Frank Klobes, SAV Kassel

GM hatte geplant, 128 Jobs zu streichen und Produktion an den gewerkschaftlich nicht organisierten Billigbieter Bosch (1) zu vergeben. Bereits in den 80er Jahren hatte sich die Automobilgewerkschaft UAW eine Reihe von Zuständigkeiten von GM abpressen lassen, zur angeblichen Sicherung von Arbeitsplätzen. Trotzdem wurde die Kernbelegschaft weiter ausgebaut. Neue Arbeitsplätze entstanden - wenn überhaupt - vor

allem im Niedriglohnbereich und zeitlich befristet.

Jetzt ist den Kollegen der Gewerkschaften gesichert. Mit ihrem Streik legten sie innerhalb von zwei Wochen über 100 Betriebe lahm. Rund 180.000 Arbeiter anderer Firmen waren indirekt vom Streik betroffen, sogar in Mexiko und Kanada. Alle 26 GM-Montagewerke lagen nach zwei Wochen still. Durch die „just-in-time“-Produktion gibt es keine Lagerhaltung mehr, so daß verhältnismäßig wenige Arbeiter großen Druck ausüben können.

Konfrontation

Die GM-Konzernleitung ging auf Konfrontationstaktik. Sie verweigerte die in den USA übliche Zahlung von Arbeitslosengeld an den Staat für die von den Auswirkungen des Streiks betroffenen Arbeitnehmer. GM verlor mit jedem Streiktag 50

Million Dollar. Die Kollegen blieben hart. Einer meinte: „Ich unterstütze den Streik, weil sie die Gewerkschaften kaputt machen wollen.“ Ein anderer Kollege aus einem indirekt betroffenen Werk: „Auch wenn wir durch den Streik in Dayton jetzt hohe Lohneinbußen haben: Wir müssen durchhalten, sonst verlieren wir noch mehr Jobs in den Autofabriken.“

Die Auswirkungen des Ausstands veranlaßten GM schließlich, den Konfrontationskurs zu verlassen und in Verhandlungen einzutreten. Ein Kompromiß zwischen Gewerkschaft und GM sieht vor, daß einerseits Bosch doch künftig für GM produziert; andererseits werden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und neue Investitionen getätigt. Außerdem bekommen alle 3.200 Streikenden eine einmalige Ausgleichszahlung von 1700 Dollar.

Kompromiß

GM hat den Durchbruch beim outsourcing mit diesem Abschluß nicht geschafft, wenn auch die Gewerkschaft in dieser Frage Zugeständnisse gemacht hat, die unnötig waren, denn der Streik zeigte große Wirkung.

In der kommenden Tarifrunde im Herbst wird es wieder um die Frage der Auslagerung gehen. Die Kollegen haben gezeigt, was man mit Streik erreichen kann und wie groß die Macht der Arbeiter ist, wenn sie kämpfen. Die Ausgangsposition für die Tarifrunde ist entsprechend gut.

Italien hat gewählt

Linke hat gesiegt

Am 21. April haben seit zwei Jahren mal wieder Wahlen in Italien stattgefunden. Zwei Wahlbündnisse und die Lega Nord haben kandidiert. Seit 50 Jahren hat die Linke zum ersten Mal gesiegt, das Olivenbaum-Bündnis hat die Mehrheit in beiden Kammern.

Miriam Alberti, SAV Köln

In dem Olivenbaum-Bündnis ist die PDS, die frühere „Kommunistische Partei“, die stärkste Kraft. Sie hat ihr Ergebnis um 0,7 Prozentpunkte gesteigert und kamen auf 21,1 Prozent. Sie hat sich mit etlichen kleinen Parteien, früheren Christdemokraten, Grünen und anderen Listen zusammengeschlossen. Auch die Rifondazione Comunista - Kommunistische Neugründung - die aus der „Kommunistischen Partei“ hervorgegangen ist, hat das Olivenbaum-Wahlbündnis unterstützt. Sie konnte ihr Ergebnis von 6 Prozent auf 8,6 Prozent steigern.

Forza Italia, die Partei des Großunternehmers Berlusconi, verlor einige Stimmen, sie liegt nun bei 20,6 Prozent. Die faschistische Alleanza Nazionale hat Stimmen hinzugewinnen können. Sie steigerte ihr Ergebnis von 13,5 Prozent auf 15,7 Prozent. Diese Parteien bilden mit einigen christdemokratischen Kleinstparteien den „Pol der Freiheit“. Die Lega Nord hat alleine kandidiert, sie kann auf erstaunliche 10,1 Prozent.

Neue Sparpakete

Damit ist die Rechte nicht mehr an der Macht, viele sind erleichtert darüber und hoffen auf eine etwas sozialere Politik. Doch die ist nicht zu erwarten. Chef des Olivenbaums ist Ro-

mano Prodi, Professor für Wirtschaftswissenschaft. Er war schon früher für die Christdemokraten in der Regierung und war lange Zeit Manager des Staatsunternehmens IRI. Er will eine Regierung für „alle Italiener“ aufbauen und die Staatsfinanzen stabilisieren. Dies heißt praktisch, daß die nächsten Sparpakete nicht lange auf sich warten lassen werden.

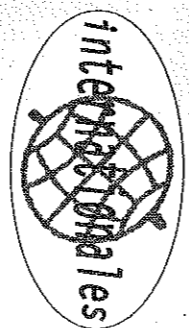
Die Rifondazione Comunista ist die größte Hoffnung der Linken. Sie hat den Olivenbaum unterstützt, verbunden mit den Forderungen die Arbeitszeit

drastisch zu verkürzen und die Löhne wieder automatisch an die Inflationsrate anzupassen. Sie will nun einer von Prodi geführten Regierung zur „Geburt verhelfen“, aber nicht selbst ins Kabinett eintreten.

In der nächsten Phase wird es darauf ankommen, daß sie auf diese Forderungen besteht und nicht die zukünftige Sparpolitik von links flankiert. Es liegt an ihr gegen Kürzungen zu hof-fen im Parlament an der Macht beteiligt zu sein.



Der Wahlsieg des Olivenbaum-Bündnisses wird gefeiert



Bangladesh

Nur wenige Wochen nach der Parlamentswahl im Februar wurde die Regierungschefin Begum Khaleda Zia zur Ausrichtung von Neuwahlen gezwungen. Die Wahlen im Februar waren von allen Oppositionsparteien boykottiert worden, weil sie unter den Stiefeln von 300.000 Soldaten stattfanden; die Wahlbeteiligung wird auf nur 10-15% geschätzt. Dadurch erlangt Zia's Partei BNP, die eng mit dem Militär verbunden ist, fast alle Parlamentssitze. Doch die Opposition beherrscht die Straße. Die exportwichtige Textilindustrie lag durch Proteststreiks zu einem Viertel brach, die Staatsbediensteten drohen mit Streik. Straßen-schleichen und blutige Zusammenstöße in der Hafenstadt Tschittagong eskalieren in einem Generalstreik und Massenprotesten. Die Regierung hing faktisch in der Luft.

Noch ist unklar, ob die Neuwahlen im Mai halbwegs demokratisch ablaufen oder ob Zia-Wirwe des Putschgenerals von 1975, Scheich Mujibur Rahman

einen erneuten Militärputsch anstreift. Ihr Hauptkonkurrentin ist die bürgerliche Oppositionspolitikerin Hasina Wazed von der Awami Liga, die den Putschgeneral Rahman seinerzeit stützte.

Die Masse der Textilarbeiterinnen und der armen Landbevölkerung, die mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 100 Dollar im Jahr auskommen müssen, hat keine direkte politische Interessenvertretung.

Hilfe zur Selbsthilfe

Die Auslandserschulung der afrikanischer Länder südlich der Sahara ist seit Anfang der 80er Jahre von 84 Milliarden Dollar auf heute 211 Milliarden Dollar gestiegen. Das ist mehr, als diese Länder mit ihren gesamten Exporten verdienen. Jährlich zahlen sie 13 Milliarden Dollar an Schuldendienst, vor allem an IWF (Internationaler Währungsfonds), Weltbank, Gläubigerbanken und Regierungen zurück. Sie sitzen in der Schuldenfalle. Afrika zahlte 1993 rund 300 Millionen Dollar mehr an den IWF zurück als der Kontinent im gleichen Jahr von dort erhielt.

Für den Schuldendienst wird auch ein großer Teil der „Entwicklungshilfe“ verwendet, nämlich von jeder Mark Ent-

wicklungshilfe 57 Pennig (laut „debt network crisis“, eine regierungsunabhängige Organisation). So gibt zum Beispiel Uganda pro Kopf der Bevölkerung im Jahr nur drei Dollar für Gesundheit aus, aber 17 Dollar für den Schuldendienst (laut britischem Hilfewerk „Oxfam“). Entwicklungshilfe an „Dritte Welt“-Länder ist also echte Hilfe zur Selbsthilfe - der westlichen Banken.

Spaniens Linke

In der „Vereinigten Linken“ Spaniens (IU - ein Bündnis aus KP und drei kleineren Formationen) rumort es seit den letzten Parlamentswahlen, als die sozialdemokratische PSOE nach 15 Regierungsjahren durch die konservative PP abgelöst. Nach wie vor haben PSOE und IU gemeinsam mehr Stimmen als die Konservativen. Die PSOE hatte weniger verloren, und die IU weniger gewonnen als zuvor erwartet. Bei den gleichzeitigen Regionalwahlen im roten Andalusien liefen der IU sogar jeder vierte Wähler weg, zurück zur PSOE. Hier hatte die IU zuvor eine gemeinsame Oppositionspolitik mit den Konservativen betrieben und so die PSOE-Minderheitsregierung in vorzeitige Neuwahlen gezwungen. Den größten Erfolg hatte die

IU bei den letzten Regional- und Kommunalwahlen, als sie 1995 rund 12 Prozent im Landesdurchschnitt erzielte. Dadurch erhielt sie in einer Reihe von Kommunen sowie in den Provinzen Andalusien und Asturien eine Schlüsselrolle. Mangels klarer Strategie und Programm führte die IU-Politik jedoch vielfach dazu, daß die Konservativen die Regierung bilden konnten. Die Kritiker dieser Politik haben jetzt eine neue Partei gebildet, die „Neue Linke“ (NI), die sich innerhalb der IU für eine Zusammenarbeit mit der PSOE stark machen will.

Längster Zetungsstreik

In Detroit läuft der längste Zeitungsstreik in der US-Geschichte. Seit Juli letzten Jahres sind 2.500 Beschäftigte der „Detroit Free Press“ im Ausstand. „Detroit New“ im Ausstand. Die zwei Großverlage, denen die Blätter gehören, versuchten die Gewerkschaft in die Knie zu zwingen, indem sie die Arbeit ganzer Abteilungen an gewerkschaftsfreie Subunternehmer vergeben wollten. Die Beschäftigten sollten keine freie Arztwahl mehr haben und trotz hoher Gewinne sollten Stellen abgebaut werden. Der Streik hat Sympathie in

der Bevölkerung. Die Streikenden geben eine eigene Sonntagszeitung heraus, die 300.000 Exemplare verkauft. Prominente Politiker und Bischöfe standen mit Streikposten und wurden festgenommen. Künstler wie Bruce Springsteen unterstützen den Arbeitskampf. Streitgelder gibt jedoch praktisch nicht, nur 150 Dollar pro Woche für die Streikposten. Andere Streikende halten sich mit Nebenjobs über Wasser.

Die Verlage haben illegal Ersatzpersonal eingestellt und 800 Sicherheitskräfte angeheuert, die zusammen mit der Polizei die Auslieferung freiprügeln. Noch ist keine Ende des Streiks in Sicht. Andere Gewerkschaften unterstützen den Arbeitskampf inzwischen auch und organisieren Kundendemonstrationen mit anderen Blättern der Verleger.

Irland

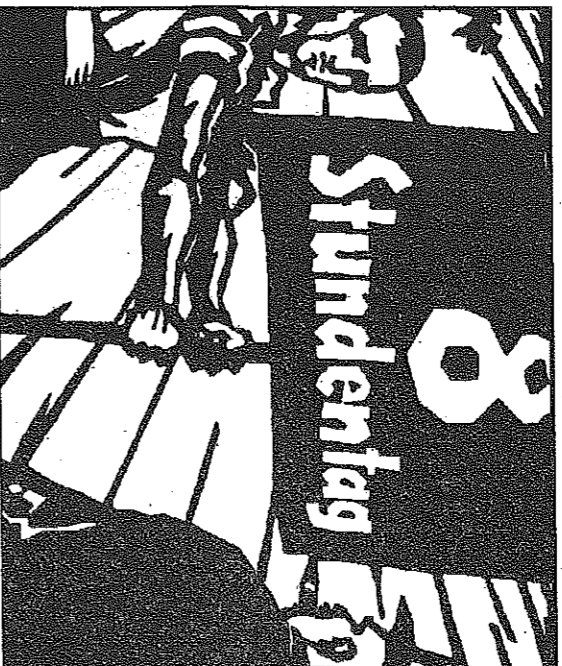
Die britische Regierung fordert als eine Vorbedingung für die Fortsetzung des Friedensprozesses in Nordirland immer wieder die demokratische Legitimation der Verhandlungspartner durch Wahlen zu einem Vorparlament mit Verhandlungsmandat. Jetzt legte sie einen Plan für die Durchführung solcher Wahlen vor. Darin will sie die Zahl der sich bewerbenden Parteien auf 15 begrenzen und legt auch gleich mit fest,

welche dies sein dürfen: Außer den größeren in Nordirland vertreten Parteien und Organisationen sollen sich keine gewerkschaftlichen Vertreter, Stadtteil- oder sozialistischen Gruppen zur Wahl stellen dürfen. Dafür aber die Naturgesetzpartei (die schwebenden Yogis, auch aus deutschen Wahlkämpfen bekannt).

In der Republik Irland, wo derlei Beschränkungen bisher nicht bestehen, hat bei einer Nachwahl im Wahlkreis Dublin-West der Sozialist Joe Higgins den Einzug ins Nationalparlament nur knapp verfehlt. Joe Higgins, Dubliner Stadtrat und führendes Mitglied von „Militant Labour“ (frische Schwertrotorganisation der SAV), erzielte nach Auszählung aller Präferenzstimmen im komplizierten irischen Wahlsystem 11.384 Stimmen. Der Vertreter der bürgerlichen Oppositionspartei Fianna Fail überflügelte ihn um nur 370 Stimmen. Weit abgeschlagen wurden die 10 anderen Kandidaten, darunter die offizielle Labour Party mit 3,8%. Der Wahlsieg eines Bürgerlichen hätte vermieden werden können, wenn die „Workers Party“ (Abspaltung von der IRA) auf den Vorschlag von Militant Labour zu einer Wahlabsprache eingegangen wäre, die nachrangigen Präferenzstimmen auf den jeweils führenden linken Kandidaten zu übertragen.

GESCHICHTE DER ARBEITERSBEWEGUNG

Der Kampf um kürzere Arbeitszeit



erkant, daß die Arbeiter sich international zusammenschließen müssen. „Arbeiter verschiedener Länder haben mehr gemeinsam als Arbeiter und Kapitalisten ein und desselben Landes“ (Karl Marx). 1864 gründeten die europäischen Gewerkschaften und sozialistischen Parteien die „Internationale Arbeiterassoziation“ oder Erste Internationale.

Während die Gewerkschaften und sozialistischen Parteien zahlenmäßig immer stärker wurden, entwickelte sich in ihren eigenen Reihen eine Schicht von abgehobenen Funktionären. Ein deutscher Gewerkschaftsfunktionär verteidigte bereits 1914 etwa fünf bis sechs Mal soviel wie ein Facharbeiter. Der lange Aufschwung um die Jahrhundertwende und ihre privilegierte Stellung brachte sie dazu, vom Ziel der sozialistischen Veränderung der Gesellschaft abzugehen. Stattdessen propagierten sie die Reformierbarkeit des Kapitalismus.

Reform und Revolution

Da der volle Einsatz der vor-handenen Kampfkraft früher oder später die Frage der Macht in Betrieben und Staat gestellt hätte, gingen Gewerkschafts- und SPD-Führung dazu über, den konsequenten Kampf um die aufgestellten Reformforderungen aufzugeben und stattdessen mit den Unternehmen faule Kompromisse auszuhandeln. Die einen am Verhandlungstisch, die anderen in den Parlamenten.

Das 1889 von der Ersten Internationale verabschiedete Ziel des 8-Stunden-Tags wurde auf diesem Weg nicht erreicht. In den 21 Jahren zwischen 1893 bis 1914 wurde in Deutschland gerade mal eine Arbeitsverkürzung um 1 1/2 Stunden – von 11 auf 9,5 erreicht. Was durch Verhandlungen jahrzehntelang nicht gelang, wurde 1918 innerhalb von Wochen erkämpft. Unter dem Druck der Novemberrevolution waren die



10 Jahre hat die IGM für den Schritt von der 40- zur 35-Stunden-Woche gebraucht.

aktivisten setzen gegen ihre eigene Führung die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich durch. Die Gewerkschaftsführung verzögert die Aufnahme des Kampfes und verhindert somit von vornherein das eigentliche Ziel: Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle, d.h. Abbau von Massenarbeitslosigkeit. Auch beim Metallstreik 1984 verzichtet die IGM-Führung entgegen dem Willen der Streikenden auf die volle Durchsetzung. Ergebnis nach 6 Wochen Streik: 38,5 Stunden-Woche. Erst durch weitere Tarifrunden und -kämpfe wurde bis Oktober 1995 die 35-Stunden-Woche erreicht. Durch Arbeitszeitkonten, Mehrarbeit ohne Zuschläge und Flexibilisierung droht sie jedoch schon wieder untergraben zu werden. Die Arbeiterbewegung muß also immer wieder bereits Errungenes verteidigen und gleichzeitig den Kampf um eine sozialistische Gesellschaft vorantreiben, in der die Verteilung der Arbeit auf alle und menschenwürdigen Arbeiten durchgesetzt werden kann.

Ursel Beck, Köln

Der 1. Mai

Wenn es nach Kapital und Kabinett geht, sollen wir wieder Zustände wie in frühkapitalistischen Zeiten bekommen. Überlange und flexible Arbeitszeiten für die einen und Arbeitslosigkeit für die anderen. Die Geschichte des 1. Mai zeigt, wie sich die Arbeiter dagegen gewehrt haben:

- ★ 1884 Arbeiter in den USA gründen „8-Stunden-Verbände“.
- ★ 1886 Ab 1. Mai streiken in USA 20.000 Tabak- und Bauarbeiter einen Monat lang erfolgreich für Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust.
- ★ 1888 Amerikanischer Gewerkschaftsdachverband AFL setzt sich zum Ziel bis zum 1. Mai 1890 den 8-Stunden-Tag zu erkämpfen.
- ★ 1889 Unter dem Eindruck der Kämpfe in den USA und Europa beschließt der Gründungskongreß der Sozialistischen Internationale in allen Ländern „eine große internationale Manifestation für die Erkämpfung des 8-Stunden-Tags und für internationale proletarische Solidarität“. Der 1. Mai als jährlicher internationaler Kampftag der Arbeiterbewegung war geboren.
- ★ 1890 Durch erfolgreichen Generalstreik im Mai wurde in 137 amerikanischen Städten der 8-Stunden-Tag gewonnen und im übrigen Land die tägliche Arbeitszeit auf 9 Stunden begrenzt. In Deutschland beteiligten sich 200.000 Arbeiter am 1. Mai-Streik.
- Damals war die Arbeiterbewegung erst in den Anfängen. Heute sind die Gewerkschaften zwar durch langjährige Massenarbeitslosigkeit geschwächt, aber immer noch unvergleichlich stärker als vor 100 Jahren. Diese Kampfkraft muß endlich genutzt werden: durch einen entscheidenden Kampf für Arbeitszeitverkürzung und die Verteilung der vorfindenden Arbeit auf alle. Der 1. Mai darf nicht länger als Feiertag dahinvegetieren, sondern muß wieder internationaler Kampftag werden.

Erungenschaften ständig bedroht

Nach dem 2. Weltkrieg galt die 48-Stunden-Woche. 1955 forderte der DGB die stufenweise Einführung der 40-Stunden-Woche. Die Bedingungen waren extrem günstig. Die Unternehmen hatten riesige Profite und wollten keine streikbedingten Umsatzeinbrüche. Doch die Gewerkschaftsführer liebten den

Unternehmen 15 Jahre Zeit bis zur 40-Stunden-Woche. Erst 1970 war in den meisten Tarifverträgen die 40-Stunden-Woche festgeschrieben.

Die Rezession 1974/75 setzte für die arbeitende Bevölkerung die Massenarbeitslosigkeit wieder auf die Tagesordnung.

weil das Unternehmen auf die regelmäßige Samstagsarbeit verzichtete. Doch im Gegenzug stimmte der Betriebsrat der Forderung zu, eine neue Nachtschicht von Sonntag auf Montag einzuführen. Die Kollegen müssen nun schon sonntags um 22 Uhr zur Arbeit erscheinen. Damit ist ein Großteil des Sonntages futsch, denn vor der Nachtschicht muß man sich ausruhen.

Weitere Verschlechterungen

Die abgeschlossene Betriebsvereinbarung sieht weiterhin vor: eine Ausdehnung des Dreischichtbetriebes, einen 24-

Streik gegen Samstagsarbeit

Mercedes-Benz Untertürkheim

Die neue magische Zahl der Daimler-Manager ist die 12. Jedes Unternehmen, jedes Werk, jeder Bereich soll 12 Prozent Rendite abwerfen, um die Aktienmillionäre zufriedenzustellen. Mit dieser Vorgabe durchforsten die Manager den Konzern und setzen die Belegschaften unter Druck.

Wird die Rendite nicht erreicht, wird der entsprechende Bereich abgestoßen oder zur Schließung freigegeben. Ein Werk wird gegen das andere ausgespielt und die Arbeiter und Betriebsräte in die Zange genommen. Zur Zeit wird versucht, den Betriebsräten in den

verschiedenen Mercedes-Werken Verhandlungen über Flexibilisierung, Pausenverkürzungen, Wochenendarbeit und vieles mehr abzupressen.

Die Kollegen im Werk Untertürkheim (Stuttgart) waren mit einem Forderungskatalog der Geschäftsführung konfrontiert, der unter anderem Ausweitung der Schichtarbeit, Abbau von 2000 Arbeitsplätzen, Einführung der regelmäßigen Samstag-Arbeit niedrigere Einstiegslohne und Pausenverkürzungen vorsah.

In der Gläuberei mit 1600 Beschäftigten sollte regelmäßig samstags gearbeitet werden. Auf einer Betriebsversammlung der Vertrauensleute wurde

spontan beschlossen, die Arbeit niederzuliegen. Zwei Tage wurde gestreikt, 500 Kolleginnen aus allen drei Schichten beteiligten sich. Der Streik hatte sofort Auswirkungen: In Sindelfingen konnte teilweise nicht weitergearbeitet werden. Im Werk Bremen hätte die Produktion der C-Klasse eingestellt werden müssen, wenn der Streik nur einen Tag länger gedauert hätte.

Der Streik war nicht von der IGM geplant. Die Kollegen und einige kämpferische Vertrauensleute hatten die Initiative ergriffen. Betriebsratsvorsitzender Lenser: „Die Protestaktionen haben uns getroffen.“

Der Streik war erfolgreich.

Zeitsouveränität oder Saisonarbeit?

Unternehmer und Gewerkschaftsvertreter erklären übereinstimmend den großen Vorteil der Jahresarbeitszeitkonten. Die Gewerkschaften sagen, daß sie eine neue „Zeitsouveränität“ und einen persönlichen Freizeitgewinn für die Arbeitnehmer bedeuten. Außerdem sei es ein Beitrag zur Beschäftigungssicherung. Die Unternehmer sagen, daß endlich die Arbeitszeit den Markterfordernissen angepaßt werden kann. Da kann doch etwas nicht stimmen.

Frank Klebes, IGM-Arbeitsfeld, Kassel

Jahresarbeitszeitkonten bedeuten: Möglichkeiten der Ausdehnung der täglichen, wöchentlichen und monatlichen Arbeitszeit, Sonderschichten und Wochenendarbeit.

Der künftige Gesamtmetall-Präsident Stumpf hat Lebensarbeitszeitkonten zum Ziel. Er möchte, daß die Kollegen statt 35 Stunden die Woche 37 arbeiten. Die zwei Stunden Mehrarbeit sollen dann auf ein Lebensarbeitszeitkonto verbucht werden. Der Beschäftigte könne dann mit 63 Jahren statt seine angesparten Monatsgehälter in Anspruch nehmen bevor er schließlich die reguläre Rente ohne Abschläge bekommt.

Die Automobilindustrie ist der Vorreiter bei der Einführung der Jahresarbeitszeitkonten. Unter dem Stichwort „almende Fabrik“ hat VW-Chef Piech schon 1994 eine flexible Arbeitszeit gefordert. „Ich kann mir vorstellen, daß wir im Frühjahr sechs Tage arbeiten, im Herbst nur drei Tage.“ Es soll dann produziert werden, wenn Nachfrage ist. In der letzten Tarifrunde hat VW die „almende Fabrik“ so gut wie durchgesetzt. Trotz einer Vier-Tage-Woche mit 28,8 Stunden kann die Arbeitszeit jetzt auf fünf Tage verteilt werden und bis zu 38,8 Stunden betragen. Die durchschnittliche jährliche

Wochenarbeitszeit darf 28,8 Stunden nicht überschreiten. Durch entsprechenden Freizeitausgleich soll dies gewährleistet werden. Die Praxis sieht jedoch anders aus. In einigen Bereichen von VW ist die Beschäftigtenzahl ausgedünnt, daß Pflichtsonderschichten mit Pflichtzahlung angeordnet werden. Damit umgeht VW die durchschnittliche Arbeitszeit.

Bei Mercedes in Untertürkheim schwankt die tägliche Arbeitszeit zwischen 7,5 und 9 Stunden. In einer kürzlich getroffenen Betriebsvereinbarung wurde der Ausgleichszeitraum für Überstunden auf 24 Monate festgelegt. Damit ist in Untertürkheim das Jahresarbeitszeitkonto überholt.

Doch das Wetrennen um immer längere Ausgleichszeiträume geht weiter: In Bochum stimmte die Betriebsrats-Mehr-

fache Kernbelegschaft zu haben und Auftragschwankungen mit befristeten Verträgen und eine „Heuer-und-Feuer“-Methode auszugleichen.

Es gibt noch weitergehende Überlegungen. Der künftige Gesamtmetall-Präsident Stumpf hat Lebensarbeitszeitkonten zum Ziel. Er möchte, daß die Kollegen statt 35 Stunden die Woche 37 arbeiten. Die zwei Stunden Mehrarbeit sollen dann auf ein Lebensarbeitszeitkonto verbucht werden. Der Beschäftigte könne dann mit 63 Jahren statt mit 65 in den Ruhestand gehen und seine angesparten Monatsgehälter in Anspruch nehmen bevor er schließlich die reguläre Rente ohne Abschläge bekommt.

Moderne Zwangsarbeit

Ein besonderes Beispiel ist der Karossenbauer und VW-Zulieferer Karman. Karman baut VW-Karosserien für Cabrios. VW forderte von Karman die Lieferung der Karosserien im ersten Halbjahr und drohte, die Aufträge sonst zu entziehen. Karman müsse verstehen, daß die Kunden ihre Cabrios im Sommer haben wollen. Das Karman-Management verlangte von den Arbeitern im ersten Halbjahr eine 48-Stundenwoche (6 mal 8 Stunden).

Die von einigen Gewerkschaften gepriesene Zeitsouveränität gibt es nicht. Das Unternehmen bestimmt, wann die Kollegen kommen müssen und wann sie zuhause bleiben dürfen. Bei AEG in Kassel (jetzt Elektrolux) haben die Kollegen nur noch sechs Urlaubstage im Jahr, über die sie frei verfügen, das heißt, die sie mit dem Meister absprechen können. Alle anderen sind zwischen Betriebsrat und Werkleitung festgelegt.

Im Baugewerbe wird im Sommer, wenn alle möglichst viel frei haben wollen, so frangeklutzt, damit im Winter die „Schlechtwettertage“ ausgeglichen werden können.

Einzelnen Betriebsräten, die sich gegen die Flexibilisierung wehren, wird mit Arbeitsplatzabbau und Verlagerung gedroht. Die meisten Betriebsräte

sind in der IG Metall oder anderen DGB-Gewerkschaften. Für einen Betriebsrat ist es schwerer, den Kampf gegen Flexibilisierung zu führen, weil er immer der direkten Erpressung seines Unternehmens ausgesetzt ist. Es ist die Verantwortung der IGM-Führung, hier einen Regelvorschieben, damit die Betriebe nicht gegeneinander ausgespielt werden können, wenn nötig mit Kampfmaßnahmen.

Die Betriebsräte sollen ihren Einfluß in der IG Metall ausüben, daß sich hier die Politik der Führung ändert. Dies setzt aber einen Bruch mit der Logik der Unternehmer voraus.

Nur die Bosse gewinnen

Mit den Jahresarbeitszeitkonten wird die Produktivität deutlich erhöht, weil die Arbeiter nur dann eingesetzt werden, wenn sie 100 Prozent ausgelastet werden können. Dies erhöht für die Kollegen zusätzlich den Arbeitsdruck - Produktivitätssteigerung auf Kosten der Gesundheit der Kollegen. Außerdem werden Arbeitsplätze eingespart. Arbeitszeitkonten bringen für die Unternehmer:

1. Höhere Auslastung der Maschinen durch flexiblen Personaleinsatz
 2. Steigerung der Produktivität
 3. Weniger Kapitalvorschuß durch weniger Lagerhaltung
 4. Kostenersparnis: Wegfall von Überstundenzuschlägen durch Arbeitszeitkorridore
- All dies führt zu höheren Profiten.

Für die Arbeitnehmer bedeutet dies:

1. Lohnneubeden durch Abstriche bei den Zuschlägen
2. Vermehrte Wochenendarbeit und Einschränkung von Freizeitplanung
3. Höherer Arbeitsdruck
4. Arbeitsplatzabbau, da die Produktivität steigt.

All dies führt zu weniger Einkommen, mehr Krankheiten und persönlicher Einschränkung. Zeitsouveränität, persönlicher Freiheitsgewinn, mehr Beschäftigung, das alles sind Unternehmens-Märchen, die die Führungskräfte der Gewerkschaften übernommen haben. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, den die meisten Gewerkschaften immer noch - richtigerweise - auf ihren Seminaren für Vertrauensleute lehren, gilt auch in der Frage der Arbeitszeitkonten.

Wie beim „Bündnis für Arbeit“ gehen die Gewerkschaftsführungen mit den Interessen der Unternehmer konform. Niederrückigerweise versuchen sie, dies den Arbeitern als Fortschritt zu verkaufen.

Doch die Kollegen sind nicht so dumm, wie die Gewerkschaftsführungen glauben. Sie sehen die Widersprüche zwischen „klugen“ Funktionärschwätz und der Realität im Betrieb.

Gewerkschaftsmitglieder und Vertrauensleute müssen aktiv werden und ihren Funktionen in den Gewerkschaftsetagen auf die Finger haften. Statt einen Betrieb gegen den anderen auszuspielen zu lassen, hier und da ein Zügelstrich mehr zu machen, sollten sie einen gemeinsamen Kampf gegen Flexibilisierung und Stellenabbau führen.



Autoindustrie: Immer weniger produzieren immer mehr

Opel Bochum: 4000 für Rücktritt des Betriebsrates

Im Bochumer Opelwerk ist die Stimmung geladen. Zahlreiche Kollegen treten aus der IGM aus. Rund 4000 haben eine Unterschriftenliste unterzeichnet, auf der der Rücktritt des gesamten Betriebsrates gefordert wird. Hintergrund ist eine Betriebsvereinbarung, der der Betriebsrat mit 25 gegen 12 Stimmen zugestimmt hat.

In dieser Vereinbarung wird der Samstag zum Regelarbeitstag erklärt. Jeder Kollege ist verpflichtet, bis zu 12 Samstag im Jahr ohne Zuschläge zu arbeiten. Die wöchentliche Arbeitszeit kann auf 40 Stunden ausgedehnt oder auf 30 Stunden gekürzt werden, je nach Auftragslage. Dies kann bis zu einer Dauer von 18 Monaten der Fall sein. Der Ausgleichszeitraum für Überstunden oder Minusstunden beträgt 36 Monate. Die Kollegen erhalten einen gleichbleibenden Lohn. Außerdem wurde vereinbart, zusätzliche Datenermittlungen einzurichten, wenn es die Produktion erfordert. Die Bezahlung wird schlechter sein als bei den bisherigen Dauernachschichten.

Das Opel-Management will bis Ende 97 keine betrieblichen Kündigungen aussprechen, behält sich aber einen Abbau von 3600 der heute knapp 15 000 Stellen vor, zum Beispiel durch natürliche Fluktuation. Das ganze wird vom Unternehmen als Beitrag zum „Bündnis für Arbeit“ verkauft.

Standortlogik

Betriebsratsvorsitzender Jaszczyk und IGM-Ortsverwalter Hans Hinse lobten gemeinsam die Vereinbarung. Hinse verkauft sie sogar als beste Betriebsvereinbarung der Bundesrepublik. Die Begründung ist immer dieselbe: „Standort Bochum sichern“.

Diese Argumentation ist so falsch wie kurzichtig. Unmittelbar nach dem Abschluss der Vereinbarung forderte der Arbeitsdirektor des Rüsselsheimer Stammwerkes eine solche Vereinbarung für Rüsselsheim.

Im Vorfeld hatten fünf Vertrauensleuteversammlungen den Betriebsrat aufgefordert, diese Vereinbarung nicht zu unterschreiben. Am Tag der Unterzeichnung hatten 300 Kollegen und Vertrauensleute für eine Stunde die Arbeit hingemisst und sind zum Betriebsratsbüro gezogen, um die Unterzeichnung zu verhindern.

Aber Jaszczyk und seine Betriebsratsfreunde haben diesen Unmut arrogant ignoriert. Sogar der BR-Vorsitzende von Opel Rüsselsheim, die dortige Vertrauenskörperleitung und der stellvertretende Gesamtbetriebsratsvorsitzende haben die Bochumer aufgefordert, diese Vereinbarung nicht zu unterschreiben.

Der stellvertretende BR-Vorsitzende forderte die IGM auf, endlich ihrer Verantwortung gerecht zu werden und eine Koordinierung der Strategien in den einzelnen deutschen Automobilwerken durchzuführen. Der Vertrauenskörperleiter Rüsselsheim kritisierte die Untätigkeit der IGM in den Opel-Orten Bochum, Rüsselsheim und Kaiserslautern. Er forderte eine gemeinsame Konferenz der Vertrauenskörper der drei Werke.

All dies ließ die BR-Mehrheit unbeindruckt. Bei der Abstimmung stimmten neben den drei Betriebsräten der alternativen IGM-Liste „Gegenwehr“ auch neun von der offiziellen IGM dagegen.

Eine Unterschriftenammlung soll jetzt Druck machen und den Betriebsrat zum Rücktritt zwingen. Jaszczyk äußert sich abfällig über die Aktion und die 4000 Unterzeichner: „Die ganze Aktion ist Polemik. Da geht's einigen Leuten schon um die BR-Wahlen in zwei Jahren. Schon in den nächsten vier Wochen wird sich zeigen, daß unsere Politik richtig war.“

Im Interesse der KollegInnen kann man nur hoffen, daß dieser BR weggefegt wird und der Vorsitzende mal nach seiner eigenen Vereinbarung schreien muß.



Wartstreik bei Daimler gegen Samstagsarbeit. Die Kollegen sind kampfbereit, aber allzu oft läßt sich die IG Metall auf die Flexibilisierung ein.

VORWORT

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 180 Mai 1996

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

Inhalt	
Regierungskrise in Meck-Pomm	S. 2
Böhrer Sparpaket	S. 3
Berlin brodelt	S. 5
Gewerkschaften in Frankreich	S. 8

Berlin = Sparsen wir uns diesen Senat

Der Berliner CDU/SPD-Senat hat uns ein Sparpaket aufgedrückt, das alles bisher gekannte in den Schatten stellt: 32 Milliarden Mark sollen bis 1999 eingespart werden, doch nicht bei Prestigebauten oder Politikerdiäten, sondern allein zu Lasten der Bevölkerung. Es gibt kaum einen Bereich, der nicht von Kürzungen betroffen ist.

**Anja Zander, SAV
Berlin**

3000 Lehrerstellen fallen weg, die KITA-Kosten steigen, die Preise für Schulspeisung verdoppeln sich. Die Finanzierung von Jugendprojekten wird vom Senat auf die Bezirke verlagert, was faktisch das Ausbedeuten 10 Millionen Mark hinterlässt. Der soziale Wohnungsbau soll von ursprünglich 60.000 Wohnungen auf 30.000 halbiert werden.

Kahlschlag auch an den Unis: ganze Fachbereiche fallen weg, ab dem kommenden Semester werden Studiengebühren erhoben. Die Zahl der finanzierten Studienplätze soll von 115.000 auf 85.000 gedrückt werden. Die volle Härte der Einsparungen bekommt jedoch der öffentliche

Service, die Beschäftigten mit Lohnverzicht und Stellenabbau. Ersatzarbeitsplätze für die Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst sind nicht in Sicht, denn auch in der Industrie wird weiter abgebaut: 500 bei AEG/TRO, 500 bei Werner Niles, 1200 bei Siemens, 1200 bei Mahle usw. Seit 1990 sind insgesamt schon 150.000 Arbeitsplätze abgebaut worden, eine Grobstadt von 240.000 Menschen sind in der Metropole Berlin offiziell arbeitslos.

Privatisierungen

Landesvermögen in Höhe von 10 Milliarden DM soll bis 1999 verschleudert werden. Privatisiert werden alle gewinnbringenden Unternehmen wie die Energieversorgungswerke BEWAG und GASAG, Wohnungsbaugesellschaften und Anteile der Bankgesellschaft. Alle 17 städtischen Krankenhäuser sollen in Gmbhs umgewandelt

Sparpolitik in Rostock

Wer ruhig ist, stirbt still und leise

Eine Kampagne gegen den Amtsschimmel startete ein Rostocker Anzeigenblatt, das mit in den Amtsstuben des Ostens endlich Volkes Wille Einzug hält. Das Blatt fordert zu Erfahrungsberichten mit Behörden und Ausstellung von Zensuren auf, um der Bevölkerung Rostocks das Leben zu „erleichtern“. Bei näherem Hinschauen wird deutlich, daß es im Grunde um eine Kampagne gegen den öffentlichen Dienst geht, ganz im Sinne des OB und der CDU/SPD-Fraktion.

Christine, SAV Rostock

Der OB, ehemals ÖTVler, will den Verwaltungsapparat wegen fehlender Gelder „schlanker und effizienter“ machen. Das ist der Anfang einer allgemeinen Kürzungskampagne. Der im Januar erst beschlossene

ne Haushalt war äußerst knapp bemessen. Schon dort wurden Gelder zu Lasten der sozialen und kulturellen Bereiche umverteilt. „Für Wiesen und Parkbänke ist kein Geld da.“ so die SPD-Fraktion. Die SPD klagt zwar, daß das Land den Städten zu wenig Mittel gebe (Wer regiert nochmal im Land?), aber das war auch alles. Die Kürzungen muß wieder die Bevölkerung ausbaden.

Die ÖTV-Führung wird dem Sparkurs kaum etwas entgegenzusetzen, spricht sie doch auch seit langem von einer notwendigen Verwaltungsreform. Ihr Kampf wird sich auf Verhandlungen beschränken, um den Stellenabbau „sozialer“ zu gestalten. Enden wird dies genauso wie im Bereich der kommunalen Kindertagesstätten, wo die ÖTV hinnimmt, daß 135 Erziehenden in die „freiwillige“



Zehntausende Berlinerinnen waren gegen den Sparhaushalt auf der Straße

werden, ein erster Schritt in Richtung Privatisierung. Sinn solcher Ausverkaufaktionen ist das kurzfristige Stopfen von Löchern und eine Umverteilung von unten nach oben. Zum Beispiel der Verkauf der Anteile der BEWAG bringt zwar kurzfristig 1,6 Milliarden in die Kasse, doch das Vermögen der BEWAG, das wir durch unsere Gebühren bezahlt haben, beträgt allein 2,6 Milliarden. Hinzu kommen jährliche Gewinne von 100 Millionen DM. Wo privatisiert wird, wollen die neuen Eigner dann auch gehörig Gewinn machen. Diesen bezahlen die Nutzer mit schlechterem Service, die Beschäftigten mit Lohnverzicht und Stellenabbau. Ersatzarbeitsplätze für die Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst sind nicht in Sicht, denn auch in der Industrie wird weiter abgebaut: 500 bei AEG/TRO, 500 bei Werner Niles, 1200 bei Siemens, 1200 bei Mahle usw. Seit 1990 sind insgesamt schon 150.000 Arbeitsplätze abgebaut worden, eine Grobstadt von 240.000 Menschen sind in der Metropole Berlin offiziell arbeitslos.

Arbeit wäre da...

Arbeit ist eigentlich genug da.

Arbeitslosigkeit und 211 in Teilzeit geschickt wurden. Damit die Lasten „gerecht“ auf alle verteilt sind, werden jetzt auch die letzten zwei Schwimmhallen um das Doppelte teurer. Diejenigen, die sich heute über Müdigkeitsleistungen bei Bahn und Bus freuen, werden 1997 noch eine Überrastung erleben: die Teilprivatisierung.

Um das Faß jedoch nicht zum Überlaufen zu bringen, haben sich Politik und Wirtschaft aber auch „Fortschritte“ ausgedacht. Rostock soll eine Müllverbrennungsanlage bekommen. SPD/CDU wollen den Müll, den sie produzieren, also auch bei uns verbrennen. Damit nicht genug: jetzt schauzt die SPD moflos der Deutschen See-Reederei DSR eine der besten Gegenden Rostocks für den Bau von einem Bitrokomplex zu, angeblich um Investoren zu halten.

zureichend.

Nötig wäre ein massives staatliches Ausbauprogramm im Wohnungsbau, Umweltbereich, Nahverkehr, um 200.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Geld ist genug da, es ist nur in falschen Händen. Denn während die „Haushaltskrisen“ durch harte Angriffe auf die Bevölkerung gelöst werden soll, gibt der Senat weiterhin Milliarden für Prestigeobjekte aus, wie für den Tiergartentunnel im künftigen Regierungsviertel, der nur den Bonzen nützt, und uns eine Milliarde DM kostet, ganz zu schweigen von den ökologischen Folgekosten.

Doch die eigentlichen Gewinner sind die Banken, die sich an den Schulden der Stadt mehr als nur eine goldene Nase verdienen. Jedes Jahr sahen sie 5,5 Milliarden DM an Zinsen vom Senat ab, was in etwa der Summe der jährlichen Einsparungen entspricht.

Umverteilung 96

★ 5,3 Milliarden sollen dieses Jahr bei Bildung, Gesundheit, Soziales und Kultur gestrichen werden
★ 5,5 Milliarden sahen die Banken an Zinszahlungen vom Senat ab

Doch auch wir sind noch da und organisieren mit dem Jugendaktionskomitee ein Schwarzfahrerfest gegen hohe Preise und Privatisierung, für bessere Taktzeiten im Nahverkehr. Mit einer Badewanne, in der alle planschen, die sich leisten können, wollen wir den Herren und Damen mit den vollen Geldbeuteln das Wasser bis zum Hals stehen lassen.

Auf der von uns mitorganisierten Demo am 1. Mai von Gewerkschaften, PDS und SAV werden wir Forderungen nach offensiver Gegenwehr und dem Aufbau von Gewerkschaftsopposition, z.B. in der ÖTV, einbringen. „Wer ruhig ist, stirbt still und leise“ (Bericht der Volkswertung Stralsund) - wir Gedanken nicht, still und leise zu sterben, deswegen wird sich in Rostock noch vieles tun.

Außerdem muß für die Neuaufteilung der Steuereinnahmen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden gekämpft werden, um eine bessere Finanzausstattung für die Kommunen zu erreichen.

Widerstand organisieren

Bei den letzten Wahlen hat Berlin mehrheitlich links gewählt: PDS, SPD und Bündnisgrüne haben die absolute Mehrheit. Diese könnte genutzt werden. Aber die SPD aus der Großen Koalition rauszuwerfen, die Bündnisgrünen von ihrer Sparkommissar-Rolle abzubringen und die PDS zum Jagen zu tragen geht nur, wenn aus Betrieben und von der Straße erheblicher Druck organisiert gebündelt wird.

Die Wut, aber auch die Bereitschaft zu kämpfen sind da. Dies haben die Demos mit zehntausenden von Betroffenen in den

letzten Wochen gezeigt. Doch dies kann nur ein Anfang sein. Gewerkschaften, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und alle von Sozialabbau und Kürzungen Betroffenen müssen jetzt zusammen kämpfen. Ein einträglicher Streik und Protest gegen den Nachtragshaushalt 96 könnte ein Zeichen setzen und Druck machen, um Zustände im Bundesseget. Eine drastische Erhöhung der Gewerbesteuer ist deshalb notwendig.